

zeitschrift

für

sozialökonomie

- Falsche Geldpolitik – fatale Folgen 3
- Wohin treibt die Welt? 4
- Strategien gegen Umweltzerstörung und
Arbeitslosigkeit 7
- Aufbruch zu einem neuen Bodenrecht? 20
- Technologisches Patt oder ökonomisches
Patt? 26
- Buchbesprechungen 28
- Internationaler Wirtschaftspolitischer
Kongreß in Wörgl/Tirol 32

56. Folge

20. Jahrgang

Februar 1983

mensch · technik · gesellschaft

mtg

zeitschrift für sozialökonomie

mensch technik gesellschaft (mtg)

erscheint vierteljährlich

Herausgeber:

Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit
in Zusammenarbeit mit der
Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Redaktion:

Werner Onken – verantwortlich –
Ekkehard Lindner
Postfach 1550, D-3410 Northeim 1
Tel.: 04451/81962

Redaktionsvertretung für Österreich:

Franz Weizenbauer, Carlonegasse 9,
A-4020 Linz, Tel.: 0732/801 635

Redaktionsvertretung für die Schweiz:

Hans Hoffmann, Bodenacker 30,
CH-3065 Bollingen, Tel.: 031/581 888

Unter Mitarbeit von:

Günter Bartsch, Freiburg; Prof.Dr. Felix G. Binn,
Mönchengladbach; Prof.Dr. Achille Dauphin-
Meunier, Paris; Prof.Dr. Klaus Didszun, Mönchen-
gladbach; Dr. Hans Doerner, München; Dipl.-Ing.
Ernst Dorfner, Linz; Dipl.-Ing. Hans Hoffmann,
Bollingen/Bern; Dr. Gerhardus Lang, Bad Boll;
Dipl.-Sozialwirt Elimar Rosenbohm, Porta West-
falica; Dr. Hans Weitkamp, Melle; Dr. Ernst Winkler,
Pullach

Redaktionsschluß:

Ende des Quartals für die im folgenden Quartal
erscheinende Ausgabe

Verlag: GAUKE GMBH

Abt. Fachverlag für Sozialökonomie

Postfach 1129, D-3510 Hann. Münden 1
Tel.: 05541/23 81

Bezugspreis:

Jahresabonnement DM 20,00 incl. MWSt. und
Porto (Schüler, Auszubildende, Studenten und
Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis
DM 14,00 incl. MWSt. und Porto);
Einzelheft: DM 6,00 + Porto
Probeheft: DM 2,00 in Briefmarken

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesell-
schaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwort-
lich. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unver-
langte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernom-
men.

„Stiftung für persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit“

1. Vorsitzender: Dr. Kurt Keßler

Geschäftsstelle:

Redderblock 58, 2000 Hamburg 73

Die „Stiftung für persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit“ wurde im Jahre 1973 gegründet.

Sie wurde als „gemeinnützig“ anerkannt und hat ihren Sitz in Hamburg.

§ 2 ihrer Satzung lautet:

„Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in Bezug auf das übernommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen.“

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. Hamburg

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Felix G. Binn
2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Direktor Ekkehard Lindner

Geschäftsstelle:

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft,
Postfach 1550, D-3410 Northeim 1

Die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft“ hat zum Ziel, im Vorfeld der auch heute noch durch irrtümliche Theorien fehlgeleiteten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Erkenntnisse eine sachliche und grundlegende Klärung zu erreichen.

Sie bekennt sich zu den Grundsätzen

- der Respektierung der Menschenwürde,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, nicht durch Monopole und Machtinteressen verfälschten Marktwirtschaft,
- der Völkerverständigung,
- des inneren und äußeren Friedens.

Arbeitslosigkeit als Nährboden des Nationalsozialismus

”Die faschistische Bewegung wurde definiert als eine im Kern kleinbürgerliche Protestbewegung, die sich gegen die soziale Deklassierung der Mittelschichten, gegen den Sozialismus als vermeintliche Hauptgefahr und gegen die bürgerliche Demokratie als vermeintlichen Grund des Übels richtet... Als eine wesentliche Ursache dieser Bewegung muß also eine sozialökonomische Krisenlage betrachtet werden, die bei breiten Schichten das Gefühl sozialer Unsicherheit und akuter Bedrohung hervorruft und das Vertrauen zur bürgerlichen Demokratie und ihren Parteien ernstlich erschüttert. ...

In der Tat konnte ... (der deutsche Faschismus) ... eine größere Anhängerschaft zum ersten Mal während der Inflation (1922/23) mobilisieren. Dieser Erfolg ermutigte ihn im November 1923 sogar zu einem Putschversuch. Während der Konjunkturperiode (1924 - 1928) fiel er auf das Niveau einer kleinen Sekte zurück. ... Während die NSDAP noch 1928 nur 2,6% der Stimmen gewinnen konnte, schwoll sie nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gewaltig an: 1930 erhielt sie bereits 18,3%, und im Juli 1932 - auf dem Höhepunkt der Krise - erreichte auch die NSDAP mit 37,3% ihren Höhepunkt. ...

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die den Faschismus hervorbrachte, besteht in einem großen Teil der Industrieländer nach wie vor. Sie wurde nach 1945 nicht so fundamental verändert, daß faschistische Konsequenzen gänzlich ausgeschlossen wären. ...

Tatsächlich hat der moderne Kapitalismus Methoden der Bewältigung von Krisen... entwickelt, die die Methoden der zwanziger Jahre bei weitem übertreffen. ... Die Methoden der ökonomischen Steuerung werden durch die der ideologischen Lenkung wirksam ergänzt.

...

Aber auch in den hochindustrialisierten Staaten kann das Problem des Faschismus keineswegs als erledigt gelten. ... Die sozialökonomischen Grundlagen, aus denen der Faschismus entstehen kann, sind immer noch vorhanden...“

aus: Reinhard KÜHNEL, Formen bürgerlicher Herrschaft: Liberalismus - Faschismus, Reinbek 1971, S. 99 und 160 - 166

Falsche Geldpolitik – fatale Folgen

Eine Mahnung zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung

Als Gründe für die große Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre, die entscheidend zum Niedergang der Weimarer Demokratie und zum Aufstieg HITLERS beigetragen hat, werden meistens genannt: die Schwächung der Wirtschaft durch den ersten Weltkrieg und dessen Folgen, die hohe Auslandsverschuldung und die allgemeine Krisenanfälligkeit der Wirtschaft. Selten findet man Hinweise auf die geld- und währungspolitischen Vorgänge dieser Zeit, von denen besonders zwei Ereignissen eine große Bedeutung zukommt:

- Nach dem Chaos der Super-Inflation der Jahre 1922/23 hatte die praktische Handhabung der Rentenmark in dem Zeitabschnitt vom November 1923 bis August 1924 bewiesen, daß das Gold als Mittel zur Stabilisierung der Währung völlig überflüssig war. Dennoch gab es in Bankkreisen einflußreiche Persönlichkeiten wie den ehemaligen Reichsbankpräsidenten SCHACHT, die sich für eine Wiedereinführung der Goldwährung einsetzten. So wurde die deutsche Reichsbank in einer neuen Bankgesetzgebung vom 30.08.1924 wieder verpflichtet, die von ihr in Umlauf gegebene Geldmenge zu 40% durch Gold und Devisen zu decken, zu mindestens 30% durch Gold.
- In den YOUNG-Plan-Verhandlungen (1929/30) wurde Deutschland erneut auf die Goldwährung verpflichtet. Dieser Plan sah vor, daß vom Ausland empfangene Kredite in Gold zurückgezahlt werden sollten.

Nach Einsetzen der Wirtschaftskrise in den USA wurden bald darauf amerikanische Kredite aus Deutschland abgerufen. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarung über ihre Rückzahlung in Gold verlor die Reichsbank allein in den Monaten Mai bis Juli 1931 Gold und Devisen im Wert von rund zwei Milliarden RM. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen kam es in Deutschland nunmehr zu einer Super-Deflation mit einer verheerenden Massenarbeitslosigkeit.

Um das vorgeschriebene Deckungsverhältnis einzuhalten, setzte Reichsbankpräsident LUTHER als

Nachfolger des 1930 zurückgetretenen SCHACHT eine verhängnisvolle Restriktionspolitik durch – also das genaue Gegenteil von dem, was die ohnehin schon geschwächte deutsche Wirtschaft dringend gebraucht hätte: er ließ den Bargeldumlauf um 15% von rund 6,5 auf 5,5 Mrd RM durch die Reichsbank verringern. Dadurch wurde das Wirtschaftsleben noch mehr gebremst. Bei allgemein sinkendem Preisniveau stellten sich Absatzstockungen ein, die in der Folge zum Anstieg der Arbeitslosigkeit führten. Und die Notverordnungen des Reichskanzlers BRÜNING verstärkten noch zusätzlich den deflationären Preisverfall; insbesondere die rigoreuse Spar- und Kürzungsverordnung vom 08.12.1931, mit der versucht wurde, die öffentlichen Ausgaben den sinkenden Steuereinnahmen und fallenden Preisen anzupassen.

Eine unzureichende Geldversorgung der Wirtschaft führte also zum Zusammenbruch von Produktion und Verbrauch. Und mit den rapide steigenden Arbeitslosenzahlen nahmen dann auch die Wahlerfolge der NSDAP zu.

Die Restriktionspolitik war völlig absurd. Bei einer derartigen wirtschaftlichen Entwicklung hätten die Deckungsvorschriften nicht weiter beachtet werden dürfen. Es wäre relativ einfach gewesen, für die inländische Geldversorgung auf die unnötige Golddeckung zu verzichten, die Geldmenge wieder zu vergrößern, die Zinsen zu senken, billige Kredite zu geben, somit die Konjunktur wieder 'anzukurbeln' und die Arbeitslosigkeit abzubauen, ohne daß dadurch die so sehr gefürchteten Inflationsgefahren gleich wieder ausgelöst worden wären. Derartige Maßnahmen hätten genügt, der Welt einen HITLER zu ersparen.

Aber nach den damals noch herrschenden Auffassungen mußte Geld einen stofflichen Wert haben, mußte Papiergeld durch Gold gedeckt sein. Zwar hatten einige Fachleute schon die richtigeren geldtheoretischen Erkenntnisse gewonnen, aber bei keiner der großen Parteien fanden sie Verständnis: der Geldwert, d.h. die Kaufkraft des Geldes – so argumentierten sie – wird bestimmt durch das Verhältnis der Gesamtnachfrage (Menge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) zum Gesamtangebot (Waren und Dienstleistungen), aber nicht durch einen stofflichen Wert des Goldes, das in den Kellern der Zentralbank lagert.

Von dieser Erkenntnis war man aber nicht nur im wirtschaftlichen Establishment weit entfernt. Auch innerhalb der Sozialdemokratie wurde die Krise nicht als eine vom Geldwesen ausgehende Störung erkannt. So sprach sich auch der sozialdemokratische Finanzminister Rudolf HILFERDING noch im Oktober 1931 für die Aufrechterhaltung der Goldwährung aus.

Ein Golddeckungs-Aberglaube und die mit dem Gold verbundenen Wirtschaftsinteressen haben

das deutsche Volk und mit ihm die Welt in ein großes Unglück gestürzt. Das negative Beispiel der damaligen Reichsbankpolitik zeigt, wie sehr das Wohl der Menschen und die Entwicklung der Politik von der Geldordnung abhängen können. Das Geldwesen ist ein Ordnungselement ersten Ranges. Heute ist unsere Währung zwar nicht mehr an das Gold gebunden, aber die Probleme der Geldmengensteuerung und des regelmäßigen Geldumlaufs bedrohen weiterhin Wohlstand und Frieden. Sie verdienen daher allgemein höchste Aufmerksamkeit.

WERNER ONKEN

Wohin treibt die Welt?

Überlegungen zur geistigen Situation unserer Zeit

Übersicht

- 1 Woher? – Wohin?
- 2 Vom Mittelalter zur Neuzeit
- 3 Ökologie- und Friedensbewegung als Ausdruck einer erneuten Zeitenwende
- 4 Friedenszeit

1 Woher? – Wohin?

Um die Mitte der sechziger Jahre stellte der berühmte Philosoph Karl JASPERS einmal die Frage: 'Wohin treibt die Bundesrepublik?' In den seitdem vergangenen eineinhalb Jahrzehnten haben die von ihm angesprochenen Probleme noch größere Ausmaße angenommen, und zwar nicht nur im Bereich der Bundesrepublik, sondern weltweit. Die gegenwärtige Welt bietet immer weniger existentielle Sicherheit und schon gar keine Geborgenheit. Gewiß: Gegen Pest und Pocken ist der Mensch heute gewappnet. Aber an ihre Stelle sind neue Seuchen und Gefahren getreten.

In den Waffenarsenalen der Welt schlummert eine noch viel entsetzlichere Pest. Schon denken die Militärs in West und Ost daran, einen Atomkrieg begrenzt, gewinnbar und damit auch führbar zu machen. 50.000 Atomsprenghäupter mit einer Zerstörungskraft von rund einer Million Hiroshima-Bomben stehen bereit, um die Welt in Schutt und Asche zu legen. Ein einziger Tag genügt, um die in Milliarden von Jahren entstandene Schöpfung wieder zu vernichten.

Vor wenigen Wochen hat der deutsche Bundestag den Weg frei gemacht für den Weiterbau und die Inbetriebnahme des umstrittenen Schnellen Brütters in Kalkar, womit auch vonseiten der Atomenergiewirtschaft die schon bestehenden Gefahren für das Leben noch erheblich zunehmen.

Angesichts solcher Entwicklungen erscheint es zweckmäßig, die Fragestellung von Karl JASPERS wieder aufzugreifen und sie unter dem Eindruck der Gefahren für das gesamte irdische Leben noch zu erweitern: Wohin treibt die Welt? Eine Antwort läßt sich indessen nur finden, wenn auch die Vergangenheit in diese Fragestellung mit einbezogen wird: Woher kommt die Welt?

2 Vom Mittelalter zur Neuzeit

Die geistige Situation des zur totalen Zerstörung des Lebens fähigen zeitgenössischen Menschen läßt sich nur verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß er – bevor er zum Zauberlehrling der Neuzeit wurde – in den Jahrhunderten des Mittelalters ein total unmündiges und ohnmächtiges Gotteskind war, das sich dem allmächtigen Gott bedingungslos anvertrauen mußte.

So wie sich der einzelne Mensch gegen Ende seiner Kindheit aus seiner anfänglichen Unmündigkeit löst und auf seinem Weg zum mündigen Erwachsenen mehr oder weniger ausgeprägt ein Stadium des sich omnipotent fühlenden Halbstarcken durchlebt,

hat sich die abendländische Menschheit im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit aus ihrer unmündigen Gotteskindschaft gelöst und sich anstelle Gottes selbst in den Rang eines nicht nur halbstarke, sondern allmächtigen Gottes erhoben.

Die Identifizierung des Menschen mit einer göttlichen Allmacht begann mit *BACON* und *DESCARTES*, die glaubten, sich über die nach dem Prinzip der dezentralen Selbstregelung geordnete Natur erheben und sie mit Hilfe naturwissenschaftlicher Erkenntnisse beherrschen zu können. Entsprechend glaubte *MARX* im 19. Jahrhundert, sich über die Selbstregelungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft hinwegsetzen und die Wirtschaft mit Hilfe von Mathematik und Statistik von oben zentral planen zu können. Und in unserem Jahrhundert fand dieser Glaube an die Allmacht des Menschen und seinen unaufhaltsamen Fortschritt letztlich seinen Höhepunkt in der Entwicklung von Psycho- und Soziotechniken zur Konditionierung der Menschen, d.h. zu ihrer Fremdsteuerung, sowie in der Suche nach Möglichkeiten der Genmanipulation zur Züchtung obrigkeitshöriger und widerstandsunfähiger Untertanen.

3 Ökologie- und Friedensbewegung als Ausdruck einer erneuten Zeitenwende

Unzählige Umweltskandale und Pannen in den Unternehmen der Atom- und Chemieindustrie offenbaren jedoch, daß dem Menschen seine Macht- und Herrschaftsinstrumente aus den Händen gegliedert sind. Sie sind ihm über den Kopf gewachsen, so daß er die Kontrolle über sie verlor. Aus einem Mittel, das Leben annehmlicher zu machen, ist seine Technik über weite Strecken zu einem Mittel seiner Vernichtung geworden. Diese Erkenntnis führte den Menschen in eine tiefe Identitätskrise, die ihn an seinem bisherigen Weltbild und Selbstverständnis zweifeln läßt. Er muß einsehen, daß er seine Kräfte erheblich überschätzt hat. So wie ehemals die Pest dazu beigetragen haben mag, sein Vertrauen in Gott sowie in die Tragfähigkeit der Erde zu erschüttern, so höhlt das gewaltige, vom Menschen selbst geschaffene Zerstörungsmaterial sein Vertrauen in seine eigenen Fähigkeiten aus.

Freilich geht die Welt noch ihren gewohnten neuzeitlichen Gang. Aber dort, wo weiterhin Selbstsicherheit zur Schau getragen wird, wirkt sie oftmals nurmehr als äußerliche Fassade hohler Phrasen, die eine innere Angst vor den sogenannten 'Restriktionen' nicht mehr überzeugend verbergen kann. Nach Harrisburg können sich auch die an der „Megamaschine“ (*MUMFORD*) interessierten Kreise nur noch an die Hoffnung klammern, daß es ihnen irgendwann einmal schon irgendwie gelingen werde, die negativen Folgen ihrer Raubbautechniken zu 'entsorgen'.

Aber auch diese trügerische Hoffnung schwindet. So wie nach den Erfahrungen von Biologie und Medizin jeder lebendige Organismus versucht, Abwehrkräfte gegen eindringende Krankheitserreger zu mobilisieren und sich damit selbst zu heilen, so ist in den letzten Jahren die Ökologie- und Friedensbewegung als eine planetarische Kraft zur Abwehr des Vernichtungspotentials sowie zur Selbstheilung der schwer verwundeten irdischen Biosphäre und des ebenfalls schwer erkrankten sozialen Organismus entstanden.

Hervorgegangen ist die Ökologie- und Friedensbewegung aus zunächst kleinen, als 'Sekten' belächelten Minderheiten der klassischen Naturschützer und Pazifisten. Nach und nach sind jedoch viele Zacken aus der Krone des sich allmächtig wahnenden Menschen herausgebrochen, um sich in diese Bewegung einzufügen:

- Theologen wie zum Beispiel Günter *ALTNER* besinnen sich auf ihre Verantwortung für die Schöpfung;
- Philosophen wie Robert *SPAEMANN* und andere, die in der Vereinigung 'Civitas' zusammenarbeiten, überdenken das 'Recht' des Menschen zur Beherrschung der Natur;
- Mediziner interessieren sich für unkonventionelle Naturheilverfahren; ein Teil von ihnen wehrt sich unter dem eindringlichen Leitspruch 'Die Lebenden werden die Toten beneiden' gegen medizinische Vorbereitungen für den Atomkrieg; Tierärzte protestieren gegen Tierversuche;
- Juristen verteidigen die Anliegen der Bürgerinitiativen in gerichtlichen Auseinandersetzungen;
- Techniker wie Klaus *TRAUBE* und Manfred *SIEBKER* steigen aus ihrer Karriere aus und kehren um;
- Architekten suchen nach baubiologischen Alternativen zur seelenlosen Unkultur aus Stahl und Beton;
- Landwirte stellen sich von chemotechnischen Monokulturen auf eine biologische Landwirtschaft um;
- Militärexperten wie der ehemalige Bundeswehrgeneral Gert *BASTIAN* warnen vor den Gefahren moderner Vernichtungswaffen und der Nachrüstung;
- selbst in den Reihen der Polizei regen sich Zweifel, ob es richtig ist, mit chemischen Kampfstoffen gegen friedliche Demonstranten vorzugehen und deren gewaltfreien Widerstand gegen die atomare Vernichtungsmaschinerie zu brechen;

- Pädagogen bemühen sich – wie zum Beispiel die Zeitschrift „Öko-Päd“ zeigt – die nachfolgenden Generationen von vornherein mit einem ökologischen Bewußtsein heranwachsen zu lassen;
- am zaghaftesten sind offenbar die Ökonomen. Die Zahl derer, die sich wie *BINSWANGER*, *LEIPERT* und *MICHELSSEN* von den neoklassischen und marxistischen Orthodoxien lösen, ist bislang gering. Zweifel an der geltenden Lehrmeinung und an der bestehenden „Technostruktur“ (*GALBRAITH*) wecken oft noch eine Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. Eine noch größere Scheu besteht vor alternativen ökonomischen Denkansätzen, aus denen ein neues Lehrgebäude hervorgehen könnte.

Diese Aufzählung, die gewiß noch nicht vollständig ist, zeigt, daß in den Köpfen und Herzen der Menschen gegenwärtig ein wahrer Erdrutsch stattfindet. Die Ökologie- und Friedensbewegung stellt tatsächlich ein großes „Menschenbeben“ (Robert *JUNGK*) dar, mit dem eine Zeitenwende von der ausgehenden Neuzeit zur anbrechenden Friedenszeit vollzogen wird. Da von dieser Bewegung nicht nur eine bestimmte Klasse, sondern alle Schichten des Volkes erfaßt werden, hat Rudolf *BAHRO* sie zutreffend als die „Andere Große Koalition“ charakterisiert.

4 Friedenszeit

Nach diesem Rückblick in die Vergangenheit und der Beleuchtung des gegenwärtigen Standes der geistesgeschichtlichen Entwicklung des Menschen kann nunmehr die in die Zukunft gerichtete Frage wieder aufgenommen werden: Wohin treibt die Welt? In welche Richtung wird die geistige Entwicklung des Menschen weitergehen? Mit welchem Weltbild könnte die Andere Große Koalition aus dem derzeitigen Menschenbeben hervorgehen?

Die Alternative zur Selbstvergötterung des Menschen oder – um einen Ausdruck von Horst E. *RICHTER* zu verwenden – zu seinem „Gotteskomplex“ kann nicht in seiner Rückkehr als unmündiges, ohnmächtiges Gotteskind in die Obhut eines allmächtigen Gottes bestehen, so wie sie von

GRUHL offenbar befürwortet wird. Das wäre eine geistesgeschichtliche Regression.

Als Alternative könnte sich vielmehr die Herausbildung eines gleichgewichtigen, macht- und herrschaftsfreien Beziehungsgefüges zwischen Mensch, Mitmensch, Gott und Natur erweisen. Damit könnte der Mensch seine bisherige gewissermaßen 'pubertäre' Selbstüberschätzung ablegen und eine höhere Stufe seiner Reifung erlangen, indem er eine ihm angemessene Mitte zwischen Ohnmacht und Allmacht findet.

Ein solches Selbstverständnis des Menschen könnte die geistige Grundlage eines zukünftigen Friedenszeitalters sein, indem der Mensch, sein Mitmensch, Gott und die Natur miteinander versöhnt und in einer nichthierarchischen Ordnung verbunden werden.

Wenn der Mensch weder ohnmächtig, noch allmächtig ist, kann er zuerst zu einer inneren Ausgeglichenheit, Harmonie und Zufriedenheit, d.h. zum Frieden mit sich selbst gelangen. Wenn er weder von Gott beherrscht wird, noch selbst über die äußere Natur herrscht, kann er außerdem sowohl zu einem Frieden mit Gott als auch zu einem „Frieden mit der Natur“ (so lautet ein von Klaus-Michael *MEYER-ABICH* herausgegebenes Buch) gelangen. Er kann sich wieder in die vernetzten Regelkreise der Biosphäre einfügen und – indem er zur Verwendung sanfter mittlerer Technologien übergeht – zum nicht mehr bevorrechtigten, sondern gleichberechtigten Partner der Natur werden.

Und letztlich könnte der Mensch auch zum Frieden mit seinem Mitmenschen gelangen, wenn er, anstatt von oben lenkend in Wirtschaft und Gesellschaft einzugreifen, ihre Selbstregelungskräfte wieder mehr zur Geltung bringt, diese aber nicht nach dem alten Laissez-faire-Prinzip sich selbst überläßt, sondern sie in eine rechtliche Rahmenordnung hineinstellt, die alle Formen der wirtschaftlichen Macht abbaut und damit private wie staatliche Monopole als Störer der dezentralen Selbstregelung der Wirtschaft beseitigt. Indem der Mensch mit einer solchen rechtlichen Rahmenordnung die Voraussetzungen für eine soziale und ökonomische Harmonie herstellt, vollendet er die von Gott geschaffene kosmische und irdische Harmonie und wird als geistig Erwachsener auch zu einem ebenbürtigen Partner Gottes.

Strategien gegen Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit

Dem folgenden Beitrag von Prof. Dr. BINSWANGER liegt ein 1978 in Bad Boll gehaltener Vortrag zugrunde, der seinerzeit vom BUND Umwelt und Naturschutz Deutschland als Broschüre herausgegeben worden ist. BINSWANGER gehört zu den wenigen Nationalökonomien, die herrschende Lehrmeinungen in Frage stellen und sich um eine grundlegende Neuorientierung bemühen. Seine Überlegungen sind heute nicht weniger aktuell, so daß wir sie mit der freundlichen Genehmigung des Autors hier erneut zur Diskussion stellen möchten.

Die Redaktion

Übersicht

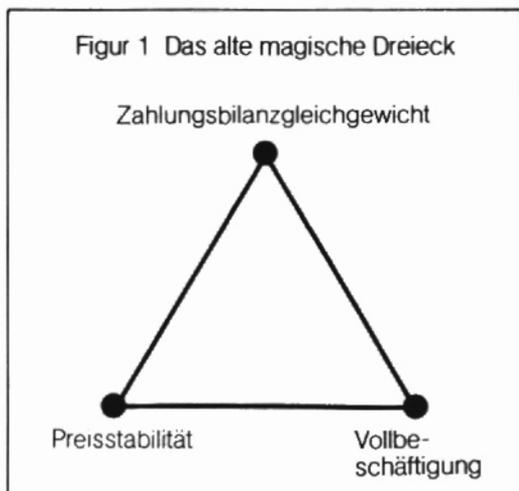
- 1 Vorbemerkung
- 2 Das alte magische Dreieck der Wirtschaftspolitik
- 3 Das neue magische Dreieck der Wirtschaftspolitik
 - 3.1 Umweltschutz und Preisstabilisierung
 - 3.2 Umweltschutz und Vollbeschäftigung – heute
 - 3.3 Umweltschutz und Vollbeschäftigung – morgen
 - 3.4 Harmonisierung des Umwelt- und des Beschäftigungsziels – ein Lösungsansatz höherer Ordnung
- 4 Vom quantitativen zum qualitativen Wachstum
 - 4.1 Zusammenhang von quantitativem Wachstum und Arbeitslosigkeit
 - 4.2 Die erste Strategie des qualitativen Wachstums: Rationalisierung des Energie- und Rohstoffeinsatzes
 - 4.3 Die zweite Strategie des qualitativen Wachstums: Strategie der Eigenproduktion und der „kleinen Netze“
 - 4.4 Die beiden Strategien ergänzen sich
- 5 Ausbau der offiziellen Beschäftigungsstrategien (Lohndämpfung und Arbeitszeitverkürzung) zu Strategien des qualitativen Wachstums
- 6 Anmerkungen

1 Vorbemerkung

Echter und umfassender Umweltschutz kann nur im Rahmen eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts verwirklicht werden. Das ist die zentrale These, die ich hier vortragen möchte. Dabei beziehe ich mich immer auf den Umweltschutz im weitesten Sinne des Wortes; er umfaßt nicht nur eine Verminderung der Abfälle und Emissionen und damit der Umweltverschmutzung i.e.S., sondern die Reduktion des Rohstoffverzehr und der Verbauung und „Verstraßung“ des Landes.

2 Das alte magische Dreieck der Wirtschaftspolitik

Als die großen Probleme der Wirtschaft werden traditionell die Arbeitslosigkeit und die Inflation angesehen. Als die wichtigsten Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik gelten demgemäß Vollbeschäftigung und Preisstabilisierung. Im Zusammenhang mit dem Erfordernis des Zahlungsbilanzgleichgewichts sprach man bis vor kurzem von einem „magischen Dreieck“ der Wirtschaftspolitik; magisch, weil sich diese Zielsetzungen teilweise widersprachen und deswegen die Zauberkraft eines Magiers nötig zu sein schien, um alle drei Ziele gleichzeitig erreichen zu können (vgl. Figur 1).



Nun hat man das dritte Ziel – die Erreichung des Zahlungsbilanzgleichgewichts bei fixen Wechselkursen – über Bord geworfen; seit 1973 haben wir

floatierende Wechselkurse, so daß es im Belieben der Bundesbank steht, ob sie in den Devisenmarkt intervenieren oder den Zahlungsbilanzausgleich einfach dem Markt überlassen will. Aber auch der Ausgleich zwischen den verbleibenden Zielen der Vollbeschäftigung und Inflationsbekämpfung ist schwierig genug – so schwierig auf jeden Fall, daß für die Stabilisierung des Umweltverbrauchs kein Platz mehr zu sein scheint – und es ist auch kein Platz, wenn man die Lösung der wirtschaftspolitischen Ziele ausschließlich in einem langsamer oder schneller vorangetriebenen quantitativen Wachstum sucht – langsamer, wenn das Ziel der Preisstabilisierung im Vordergrund steht, schneller, wenn es, wie heute, um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit geht. Quantitatives Wachstum soll es aber auf jeden Fall sein!

Die offizielle wirtschaftspolitische Zielsetzung der deutschen Bundesregierung für das Jahr 1978 lautete: Reduktion der Arbeitslosenquote im Jahresverlauf auf unter 4,5%, Rückgang der Verbraucherpreiszunahme von 3,8 auf 3,5%, erhöhtes Wachstum des realen Sozialprodukts von 3,5% gegenüber 2,5% im Jahr 1977. Ähnliche Programme werden von den Regierungen aller anderen Industrieländer vorgelegt. Von irgendeinem Bezug auf die Frage, ob solche Ziele mit der Forderung nach einer Begrenzung des Umweltverschleißes vereinbar sind, ist nicht die Rede. Höchstens würde man hinzufügen, daß mit vermehrtem Wachstum des Sozialprodukts auch mehr finanzielle Mittel für Umweltschutzinvestitionen bereitgestellt würden. Dem ist aber zu entgegen: Selbst wenn aufgrund von Umweltschutzgesetzen und -verordnungen die Abfallproduktion bzw. Emission pro Produkteinheit etwas vermindert wird, so nimmt sie doch mit der Menge der Produktionseinheiten wieder zu. Die Immissionen steigen mit dem Wachstum des Sozialprodukts wieder an. Von einer wirklichen Sanierung der Gewässer und der Luft kann nicht die Rede sein. Was aber noch bedenklicher ist: Der Verbrauch nichtregenerierbarer Ressourcen geht weiter. Selbst der Welt-Erdölkonsum, der nach dem Ölschock von 1973 abgenommen hatte, ist im letzten Jahr in unerwarteter Weise wieder um 3% gewachsen (bis vor kurzem war nur ein Wachstum von 2% prognostiziert worden). Der Verbrauch von nicht-regenerierbaren Ressourcen und die Immissionen werden aber noch in den Schatten gestellt durch die Zerstörung der Landschaft durch Straßenbau und Ausuferung der städtischen Agglomerationen. Es wird nicht bedacht, daß der Boden im Grunde genommen der knappste Rohstoff ist, den wir besitzen, denn wir können ihn nicht aus Ländern mit reichlichem Landvorrat importieren. Forcierung des wirtschaftlichen Wachstums durch den Staat bedeutet aber immer und in erster Linie mehr Straßen und Bauten, und damit Vernichtung von Lebensraum.

3 Das neue magische Dreieck der Wirtschaftspolitik

Ich möchte nun im Gegensatz zu den Wirtschaftsprogrammen der Regierungen behaupten, daß die Fixierung der Wirtschaftspolitik auf das quantitative wirtschaftliche Wachstum nicht nur jede Umweltstabilisierung verhindert, sondern auch ein vergeblicher Versuch ist, Inflation und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Beides wird im Gegenteil weiter zunehmen. Wenn durch die Forcierung des Wachstums unter Umständen vorübergehende Teilerfolge erzielt werden, so geht dies nur auf Kosten einer umso schwerwiegenden Zerrüttung der Wirtschaft auf längere Sicht – in gleicher Weise wie ein Alkoholiker, der nach einigen Stunden Nüchternheit ein Delirium tremens entwickelt, durch erneuten Genuß von Alkohol wieder „normal“ zu werden scheint, in Wirklichkeit aber dadurch nur noch kranker wird. Eine echte Heilung der Wirtschaft kann nicht erfolgen durch weitere Forcierung, sondern nur durch eine strikte Qualifizierung des Wachstums unter Berücksichtigung des Umweltschutzes. Das heißt also: Qualitatives anstelle von quantitativem Wachstum.

Grundbedingung dafür ist der Einbezug des Umweltschutzes in das wirtschaftspolitische Gesamtprogramm. Die durch das Floaten der Wechselkurse freigewordene dritte Ecke im magischen Dreieck muß durch die Stabilisierung des Umweltverbrauchs besetzt und so dieses Ziel gleichrangig neben der Preisstabilisierung und der Vollbeschäftigung anerkannt werden (vgl. Figur 2).



Von großer Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß das Ziel der Umweltstabilisierung nicht nur neben, sondern an die Stelle des Zahlungsbilanzziels tritt. Die Suche nach dem Zahlungsbilanzausgleich hat-

te nämlich im System des Gold-Dollar-Standards mit fixen Wechselkursen immer mehr zur monetären Expansion der Gläubigerländer geführt. Der Gold-Dollar-Standard wurde allmählich zu einem reinen Dollar-Standard mit unbeschränkter und unkontrollierbarer Dollargeldschöpfung. Diese Expansion übertrug sich wegen der Pflicht der Zentralbanken, die Dollars zu einem festen Kurs in nationale Währungen einzutauschen, auf die gesamte Geldmenge der westlichen Welt und wurde somit zur Grundlage des unmäßigen quantitativen wirtschaftlichen Wachstums während der sechziger und anfangs der siebziger Jahre. Erst die Freigabe des Wechselkurses und die Rücknahme der Geldmengenpolitik in die nationale Verantwortung ermöglicht es, das wirtschaftliche Wachstum in nationalem Rahmen zu beeinflussen und zu qualifizieren.

Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf das neue magische Dreieck bedingt allerdings ein wesentliches Umdenken in der Wirtschaftspolitik und das Verlassen alter Denkschemata, in denen man sich bis heute immer im Kreise dreht.

3.1 Umweltschutz und Preisstabilisierung

Wie kann nun das Ziel der Umweltstabilisierung erstens mit dem Ziel der Preisstabilisierung und zweitens mit dem Ziel der Vollbeschäftigung harmonisiert werden? Die erste Frage läßt sich relativ leicht beantworten. Eine Ankurbelung des quantitativen Wachstumsprozesses mit Hilfe von Erweiterungsinvestitionen setzt notwendigerweise ein Wachstum des Geld- und Kreditvolumens voraus; die vergrößerte Geld- und Kreditmenge führt zu einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, was immer mit der Gefahr von Preissteigerungen verbunden ist, denn die Investitionen brauchen eine längere „Ausreifungszeit“, bis ein höheres Warenangebot daraus resultiert; die Angebotssteigerung hinkt daher in der Regel hinter der Nachfragesteigerung hinterher. Eine Dämpfung des quantitativen Wachstums im Interesse der Umweltstabilisierung dient somit gleichzeitig auch der Inflationsbekämpfung. Umweltstabilisierung und Preisstabilisierung gehen daher in einem beträchtlichen Ausmaß Hand in Hand.

3.2 Umweltschutz und Vollbeschäftigung – heute

Wie steht es aber mit der Beschäftigung? Das ist die entscheidende Frage. Auf den ersten Blick widersprechen sich die Ziele der Erhaltung einer möglichst intakten Umwelt und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Umweltschutz bzw. Umweltstabilisierung bedeutet Verzichte – Verzicht auf Großinvestitionen in einer Region oder an Flußläufen, die schon mit Immissionen überlastet sind, Verzicht auf die Errichtung weiterer Kernkraftwerke wegen der Gefahr der Radioaktivität, Verzicht auf den Bau von

Autobahnen zum Schutz schöner Landschaften – und damit auch der Verzicht auf Bau- und Ausrüstungsinvestitionen, die Tausenden von Menschen Arbeit bieten würden. Wo der Umweltschutz nicht geradezu einen Verzicht bewirkt, handelt es sich doch um Kostenbelastungen der Industrie, die u.U. so stark sind, daß an keine Erweiterungsinvestitionen mehr zu denken ist. Ca. 60 Milliarden DM muß die deutsche Industrie in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts für den Umweltschutz ausgeben. Kann dies die Industrie noch verkraften? Werden nicht auch allein von der Kostenseite her Arbeitsplätze gefährdet? Sicher trifft dies in einem gewissen Ausmaß zu. Es liegt allerdings keine Schätzung vor, die die negativen Auswirkungen des Umweltschutzes auf die Beschäftigung erfassen würde. Lediglich den Einsprüchen gegen Atomkraftwerke und andere umweltgefährdende Großinvestitionen wird immer wieder entgegengehalten, daß ihretwegen die Baufirmen, die für die Errichtung solcher Werke in Frage kommen, vergeblich auf Aufträge warten. Hunderttausend oder mehr Arbeiter, die dadurch in den nächsten Jahren eine Beschäftigung erhalten hätten, werden dadurch betroffen.

Umgekehrt muß nun aber hervorgehoben werden, daß der Umweltschutz nicht nur Arbeitsplätze wegnimmt, sondern vor allem auch Arbeitsplätze schafft. Die 60 Milliarden DM, die in den nächsten Jahren für den Umweltschutz auszugeben werden müssen, haben selbstverständlich auch einen Beschäftigungseffekt. Werner MEISSNER und Erich HÖDL¹ haben aufgrund von Untersuchungen der OECD und des Battelle-Instituts in Genf geschätzt, daß unter Berücksichtigung bestimmter Multiplikatoren durch die Umweltschutzausgaben in der Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt über 218.000 Arbeitsplätze ausgelastet werden, und diese Zahl sich in den Jahren 1975 bis 1979 auf mindestens 370.000 Arbeitsplätze erhöhen wird. Wenn auch diese Zahlen selbstverständlich mit vielen Fragezeichen versehen werden müssen (dies betrifft insbesondere die Multiplikatorwirkung der Umweltschutzinvestitionen), so ist nicht wegzuleugnen, daß die Umweltschutzindustrie bereits einen wesentlichen Teil der Wirtschaft ausmacht und entsprechend viele Arbeitsplätze anbietet.

Wie steht es nun mit dem Saldo der positiven und der negativen Auswirkungen des Umweltschutzes auf die Beschäftigung? Sicher ist er unter den heutigen Bedingungen positiv. Das heißt: es werden durch den Umweltschutz mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet. Das ergibt sich daraus, daß die Umweltschutzvorschriften außer einigen klein- und mittelbetrieblich organisierten Wirtschaftssektoren wie Textil, Leder und Papier, bei denen tatsächlich einige Grenzbetriebe durch den Umweltschutz stark belastet werden, vor allem Sektoren betrifft, bei denen die Großbetriebe dominieren. Es handelt sich in erster Linie um die Sektoren Alumi-

nium, Chemie und Energie. Die hier maßgeblichen Großbetriebe verfügen über eine genügende Kapitalbasis, um die erforderlichen Umweltinvestitionen zu finanzieren. Dazu kommt, daß fast durchweg die Umweltschutzaufgaben in Europa im Hinblick auf die noch zulässigen Emissionen (Emissionsgrenzwerte) als auch im Hinblick auf die Übergangsfrieten weniger streng sind als in den Vereinigten Staaten; von einer Benachteiligung des europäischen Exporteurs gegenüber dem amerikanischen kann daher nicht die Rede sein. Und wenn auch die Bundesrepublik innerhalb Europas sicher mit ihren Umweltschutzvorschriften eher an der Spitze steht, so sind die Unterschiede aufs Ganze gesehen nicht erheblich. Auch von der Belastung der Exporte droht daher den Arbeitsplätzen kaum Gefahr. Was aber die Atomkraftwerke betrifft, so handelt es sich um Arbeitsplätze nur während der Bauzeit; wenn die Atomkraftwerke später doch gebaut werden, war der Effekt der Einsparungen eine zeitliche Verschiebung; wird aber definitiv auf sie verzichtet, müssen andere Energieformen, die wahrscheinlich sogar mehr Arbeitsplätze schaffen, bereitgestellt werden (ich werde auf diese Frage noch zurückkommen).

3.3 Umweltschutz und Vollbeschäftigung – morgen

Wenn wir somit momentan trotz der gelegentlich laut vernehmbaren Klagen der Industrie und der Baufirmen per Saldo keinen echten Konflikt zwischen Umweltschutz und Arbeitsbeschaffung sehen, so können wir uns doch nicht mit diesem Resultat begnügen, und zwar weder im Hinblick auf den Umweltschutz, noch im Hinblick auf die Vollbeschäftigung. In Zukunft kann sich nämlich das Vorzeichen des Saldos leicht umkehren, wenn keine grundsätzliche Umbesinnung in der Wirtschaft erfolgt.

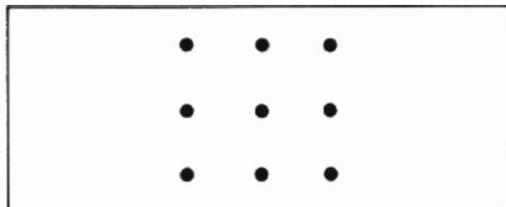
Im Hinblick auf den Umweltschutz ist zu sagen, daß das offizielle Umweltschutzprogramm nur einen Teil des echten Umweltschutzes ausmacht, weil es weder den Rohstoff- noch den Bodenverbrauch erfaßt, und von den Abfällen und Emissionen auch nur einen Ausschnitt. Dazu kommt, daß es sich meist um sogenannte technologische „end of the pipe“ – Maßnahmen handelt, d.h. Errichtung von Abwasserreinigungsanlagen, Einbau von Luftfiltern, Errichtung von Lärmmauern usw., die erst am Schluß des Produktions- und Konsumprozesses ansetzen, und das Übel daher nicht an der Wurzel anpacken, sondern nur Symptome korrigieren. Dabei ist eine vollständige Beseitigung der Emission durch solche Symptomkorrekturen gar nicht möglich, weil die Kosten der technologischen Umweltschutzmaßnahmen überproportional ansteigen, wenn die Reinigungsvorschriften verschärft werden. Diese Vorschriften müssen aber verschärft werden, wenn die Produktmengen und damit auch

die Menge der Abfälle und Emissionen mit dem quantitativen Wachstum zunehmen. Man stößt daher sehr schnell auf absolute Kostengrenzen, bei deren Überschreitung die Industrie tatsächlich in eine Krise geraten würde. Eine echte Sanierung der Umwelt ist daher nur möglich durch Kausaltherapie, d.h. durch eine deutliche Reduktion der Zuwachsraten an Rohstoff- und Bodenverbrauch, was automatisch zu einer Reduktion der Abfallproduktion und der Emissionen führt. Diese Reduktion bedeutet aber, daß dann gar nicht so viele technologische Umweltschutzmaßnahmen nötig sind und daher auch weniger Arbeitsplätze für den technologischen Umweltschutz geschaffen werden.

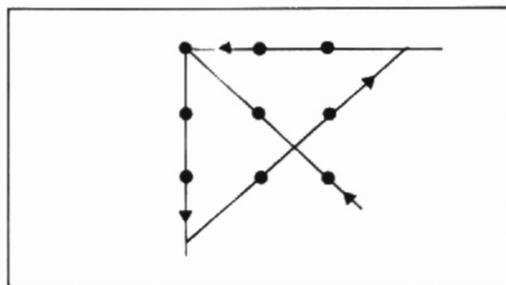
Aus dem Blickwinkel der Arbeitsbeschaffungspolitik ist hinzuzufügen, daß die Umweltschutzinvestitionen im Sinne der „end of the pipe“- Maßnahmen sog. unproduktive Investitionen darstellen, die im allgemeinen nur Kosten verursachen, aber keinen zusätzlichen Ertrag erbringen. Von Seiten der Industrie wird immer wieder auf diese Problematik hingewiesen. Dies geschieht zum Teil zu Unrecht, denn selbstverständlich ist schon heute ein großer Teil der Investitionen „unproduktiv“ und es geht nur um die Frage der Präferenz, – es geht z.B. um die Frage, ob man etwas für die Umwelt tun will oder ob man stattdessen lieber einen Büro-Aluminium-Glaspaal baut. Immerhin muß aber doch zugegeben werden, daß die Gesamtheit der sog. unproduktiven Investitionen in der Ertragssituation der Unternehmen eine obere Grenze hat. In der ständigen Vermehrung „unproduktiver“ Investitionen kann also nicht die endgültige Lösung des Problems liegen.

3.4 Harmonisierung des Umwelt- und des Beschäftigungsziels – ein Lösungsansatz höherer Ordnung

Müssen wir unter diesen Umständen überhaupt auf die Harmonisierung des Beschäftigungs- mit dem Umweltschutzziel verzichten und es in Zukunft auf einen Konflikt ankommen lassen? Entweder Vollbeschäftigung oder Umweltschutz, entweder Wirtschaftskrise oder Umweltkrise, ist das die Frage? Ich habe bereits gesagt: ja, wenn man in dem magischen Kreis der bisherigen Lösungsversuche verharrt – nein, wenn man aus diesem magischen Kreis ausbricht. Ausbrechen heißt: die Hypothesen, von denen man bisher stillschweigend ausgegangen ist, selber hinterfragen. Wir müssen also Lösungen suchen, die nach der Systemtheorie einen Wandel zweiter, also höherer Ordnung darstellen. Das Lösungssystem wird dabei selber verändert. Bekannt ist vielleicht das Beispiel des Systemtheoretikers WATZLAWICK, der die Aufgabe stellt, in einem System 9 in einem Quadrat angeordnete Punkte mit 4 Linien zu berühren, ohne den Bleistift vom Papier abzuheben.² Die 9 Punkte sind wie folgt angeordnet:



Es liegt nahe, die Lösung des Problems im System dieser 9 Punkte selbst zu suchen. Sie wird aber nicht gelingen, wie immer man es auch anstellt. Eine Lösung ist nur möglich, wenn man aus dem System ausbricht. Dann ist die Lösung sofort da:



Des Rätsels Lösung liegt darin, daß man nicht auf das Schema der Punkte fixiert bleibt, sondern eine Gerade über einen Punkt hinaus zieht, was ja in der Aufgabenstellung nicht verboten war. Man denkt nur nicht daran, daß die Prämisse der 9 Punkte verlassen werden kann; unbewußt wird diese Hypothese miteinbezogen.

In welcher Weise können wir uns nun diese Erkenntnis von WATZLAWICK zu Nutze machen? Was bedeutet es für unsere Frage einer möglichen Harmonisierung von Vollbeschäftigung und Umweltschutz?

4 Vom quantitativen zum qualitativen Wachstum

Der entscheidende Punkt liegt in einer Differenzierung zwischen zwei verschiedenen Typen des Wachstums – dem quantitativen und dem qualitativen Wachstum. Das bedeutet gleichzeitig, daß es nicht um die Frage: „Wachstum plus“ oder „Wachstum null“ geht, sondern um die Eigenschaft dieses Wachstums. In dieser Hinsicht müssen beide Seiten – Staat und Industrie auf der einen, Umweltschutzorganisationen auf der anderen Seite – etwas lernen. Staat und Industrie müssen begreifen, daß die Wirtschaft nicht mehr auf Kosten der Umwelt expandieren darf, sondern mit der Umweltstabilisierung Ernst gemacht werden muß und Forderungen nach weiteren unqualifizierten Wachstumsraten

von 3-5% pro Jahr unzulässig sind. Die Umweltschutzorganisationen müssen ihrerseits erkennen, daß die Wirtschaft nicht einfach auf weitere Investitionen und damit auf mögliche Ertragssteigerungen bei gleichzeitiger Kostenerhöhung verzichten kann, ohne tatsächlich in eine Krise zu geraten, in die wir alle einbezogen würden. Qualitatives Wachstum stellt eine mittlere Lösung für die Frage dar, wie beiden Anliegen Rechnung zu tragen ist. Es ist der Versuch, anknüpfend an die gegebenen Bedingungen der Wirtschaft aus dem exponentiellen Wachstumstrend „auszusteigen“, ohne eine radikale Senkung des Lebensstandards herbeizuführen, die bei einer rein ökologischen Wirtschaftsweise in Kauf genommen werden müßte. Qualitatives Wachstum stellt eine mittlere Lösung dar, die sich für die nächste Zeit als sinnvollste Strategie anbietet. Eine radikale Reduktion der Wachstumsraten des Verbrauchs an nicht-regenerierbaren Ressourcen wird deren Lebensdauer, die bei exponentiellem Wachstum nur Jahrzehnte umfaßt, auf Jahrhunderte verlängern und gerade darum eine Absenkung des Wirtschaftsniveaus auf die bloße Nutzung regenerierbarer Ressourcen hinauszögern. Vielleicht werden in späteren Jahrhunderten einmal alle nicht-regenerierbaren Ressourcen verzehrt sein; dann bleibt nichts mehr anderes übrig, als die Wirtschaft wieder vollständig in den ökologischen Kreislauf, der sich von Jahr zu Jahr erneuert, einzubetten, aber heute steht das Erfordernis der Rückkehr zu einer solchen ökologischen Überlebensgemeinschaft angesichts der bei konstantem Verbrauch immer noch sehr großen Vorräte an Energie und Rohstoffen nicht vor der Tür (vergl. Figur 3 auf der nächsten Seite).

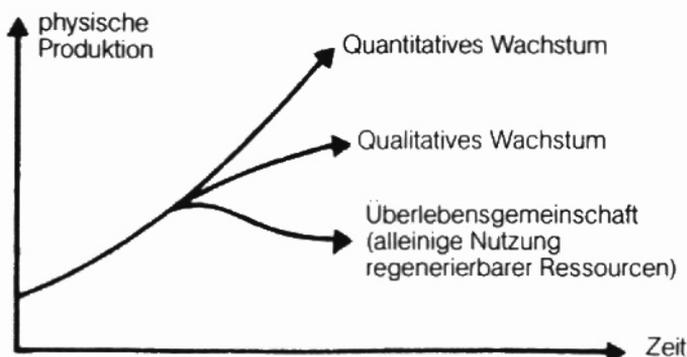
Qualitatives Wachstum bedeutet Fortdauer des Investitionsprozesses und weiterhin Ausnutzung von Möglichkeiten zu allfälligen Gewinn- und Lohnsteigerungen, aber Entkoppelung von Sozialproduktsteigerung und Wachstum des Energie- und Rohstoffverbrauchs; geringere Wachstumsraten des Sozialprodukts werden kompensiert durch Erhöhung der Lebensqualität.

4.1 Zusammenhang von quantitativem Wachstum und Arbeitslosigkeit

Um mögliche Wege des qualitativen Wachstums aufzuzeigen, also den Übergang vom heutigen Trend zum künftigen Wirtschaftspfad zu finden, müssen wir uns zuerst die Natur des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses vor Augen führen.

Wichtig ist die Tatsache, daß die beiden Phänomene des wirtschaftlichen Wachstums und der Arbeitslosigkeit ihre Ursache im Industrialisierungsprozeß haben. In einem landwirtschaftlichen System gibt es an sich weder wirtschaftliches Wachstum noch Arbeitslosigkeit. Auch wenn es früher

Figur 3 Alternative Entwicklungsstrategien der Wirtschaft



immer wieder zu einzelnen bedeutenden technischen Erfindungen kam – ich erinnere an die Erfindung der Bewässerungsanlagen, des Rads, des Pflugs, der Dreifelderwirtschaft usw. – so ergab sich daraus nie ein Expansionszwang im Sinne eines stetigen Wachstumsprozesses. Und wenn auch dank der technischen Verbesserungen eine Arbeitskraft einen höheren Ertrag leistete als vorher, so war man trotzdem um jeden froh, der bereit war, mit Hand anzulegen. Daß einer, der arbeiten will, keine Arbeit findet, ist – wie die Erfahrungen von tausenden von Jahren zeigen – in einem landwirtschaftlichen System undenkbar. Eine solche Situation ist nur im industriellen System möglich. Dieses hat uns eine wesentliche Erhöhung des Lebensstandards gebracht, gleichzeitig aber auch mehr Labilität. Die Ursache ist: im industriellen System werden pausenlos Arbeitskräfte durch Rationalisierungsinvestitionen, d.h. Ankauf und Installation von verbesserten, d.h. weniger Arbeitskraft benötigenden Maschinen freigesetzt. Man sagt, die Arbeitsproduktivität wird erhöht. Man erzeugt das gleiche Sozialprodukt mit weniger Arbeit, wodurch das durchschnittliche Sozialprodukt pro Arbeitskraft ansteigt. Man kann geradezu sagen, daß die Industrie aus dem Handwerk durch Rationalisierungsinvestitionen entstanden ist. Wie wird nun im herkömmlichen System die Vollbeschäftigung trotz dieser Wegationalisierung von Arbeitskräften ermöglicht? Einfach durch weiteres Wachstum des Sozialprodukts. Das heißt: die Produktionskapazitäten werden erhöht und somit die Rationalisierungsinvestitionen durch Erweiterungsinvestitionen ergänzt. Damit finden die freigesetzten Arbeitskräfte zum Teil wieder für die Produktionssteigerungen in den gleichen Produktionssektoren Verwendung. Zum Teil benötigt man sie für die Investitionsgüterproduktion. Und schließlich können aus den Rationalisierungsgewinnen über den privaten, aber vor allem auch

den staatlichen Konsum weitere Arbeitskräfte für sog. unproduktive Leistungen bezahlt werden.

Das industrielle System war bisher auf diese Weise zur Hauptsache auf quantitatives Wachstum, auf erhöhte physische Produktion und damit auf Umweltverbrauch angelegt. Man sparte Arbeitskraft pro kg Produkt, aber erhöhte überproportional dazu die Anzahl Kilogramm, und mit den Kilogramm den Rohstoffverbrauch und den Abfall. Nur so konnten die höheren Fixkosten, die durch die Maschineninvestitionen entstanden, verkraftet, und eine Senkung der Durchschnittskosten und entsprechende Gewinne erzielt werden.

Dieses Wachstum ist aber ein Wachstum „auf des Messers Schneide“. Sobald irgendwo in diesem Wachstumsprozeß Geld versickert, d.h. gehortet wird, und eine geringere Produktmenge nachgefragt wird als gesamtwirtschaftlich erzeugt werden kann, oder aber die Erweiterungsinvestitionen nicht mit den Rationalisierungsinvestitionen Schritt halten, entsteht Arbeitslosigkeit. Wenn umgekehrt aber die Geldmenge zu rasch zunimmt und in den Einkommenskreislauf gelangt, und die Erweiterungsinvestitionen rascher voranschreiten als die Rationalisierungsinvestitionen, entsteht Inflation. Und wenn schließlich in einzelnen Sektoren der Wirtschaft das Angebot rascher wächst als die Nachfrage, in anderen Sektoren aber langsamer, haben wir – wie dies heute weitgehend der Fall ist – das Phänomen der Stagflation, die Kombination von Arbeitslosigkeit und Inflation.

Heute sind wir von dieses Messers Schneide heruntergefallen, und das Schlimmste ist, man weiß nicht einmal recht nach welcher Seite, momentan immerhin eher nach der Seite der Arbeitslosigkeit. Gegenwärtig gehen die Bestrebungen dahin, die Sache wieder in Ordnung zu bringen, indem man versucht, die Investitionen durch Steuererleichterungen, Zu-

lassung höherer Abschreibungsquoten, Zinssenkung, Investitionsbeihilfen, durch „Deficit Spending“ und Steigerung der Staatsausgaben, vor allem aber durch die Forcierung der Energieproduktion (insbesondere Atomkraftwerke) usw. wieder anzukurbeln und damit das quantitative Wachstum in Bewegung zu bringen. Dies geschieht ohne Rücksicht auf Umwelt-Verluste.

Aber – das ist nun das Entscheidende – auch die anderen Ziele des magischen Dreiecks werden nicht erreicht. Es droht sofort wieder neue Inflation, wenn die erhöhte Nachfrage auf ausgelastete Produktionssektoren stößt. Vor allem aber wird die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, denn in einer Phase der Unterbeschäftigung werden Investitionen in erster Linie auf weitere Rationalisierungen und nicht auf Arbeitsplätze ausgerichtet sein.

Gegenwärtig braust im Zusammenhang mit der Verbreitung der Elektronik ein eigentlicher Rationalisierungsturm über die Industrie weg, der einen Arbeitsplatz nach dem anderen wegfegt. Dieser Prozeß wird durch die undifferenzierten Investitionsankurbelungen und die Forcierung der Energieproduktion noch unterstützt. Warum sollen die Unternehmer ihre Produktionskapazitäten erweitern, wenn die bestehenden noch nicht ausgelastet sind? Sie werden höchstens zu dem Zweck investieren, ihre Kosten zu senken – und das heißt heute zur Hauptsache immer noch, Arbeit zu sparen und durch Maschinen und Energie zu ersetzen. Eine neuerliche Umfrage des IFO-Instituts in München gibt ein deutliches Bild von dieser Situation: Im Jahr 1970 wurden als Investitionszweck für 55% der Investitionen „Erweiterung“ angegeben gegenüber 34% „Rationalisierung“ und 11% „Ersatzbeschaffung“. 1978 hat sich dieses Bild vollständig gewandelt, indem jetzt als Zielsetzung zu 47% „Rationalisierung“ angegeben wird, zu 36% „Ersatzbeschaffung“ und nur zu 17% „Erweiterung“. Obwohl diese Statistik eine deutliche Sprache spricht, findet man doch in allen offiziellen Beschäftigungs- und -Wachstumsprogrammen außer beiläufigen Hinweisen nirgendwo eine echte Berücksichtigung dieser Tatsache. Der neueste Bericht des deutschen Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist in dieser Beziehung besonders kennzeichnend. In völlig undifferenzierter Weise wird hier einfach von „Investitionen“ gesprochen, obwohl dieser Bericht sich gerade mit der Beschäftigungsfrage befaßt und die verschiedenen Arten der Investitionen sich, wie dargelegt, völlig verschieden auf die Beschäftigungsfrage auswirken.

Gerade in dieser Differenzierung liegt nun der Ansatz zu den möglichen Lösungen des Problems. Welches sind diese Lösungen? Ich möchte zwei Strategien des qualitativen Wachstums gegen Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit vorschlagen.

4.2 Die erste Strategie des qualitativen Wachstums: Rationalisierung des Energie- und Rohstoffeinsatzes

Wir gehen davon aus, daß sich die Industrie im internationalen Wettbewerb befindet und infolgedessen kostenmäßig mit den Entwicklungen auf dem Weltmarkt Schritt halten muß. Das heißt mit anderen Worten: Sie muß weiterhin rationalisieren. Es sind nun aber grundsätzlich zwei Typen von Rationalisierungsinvestitionen zu unterscheiden. Der eine Typ umfaßt die üblichen Investitionen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität oder, anders ausgedrückt, zur Substitution von Arbeit durch Maschinen und Energie. Wir können sie als die Rationalisierungsinvestitionen I bezeichnen. Der zweite Typ betrifft die Investitionen, mit denen nicht der Einsatz von Arbeit, sondern von Energie und Rohstoffen reduziert wird. Wir bezeichnen sie als Rationalisierungsinvestitionen II.

Nachdem in den letzten Jahrzehnten das Augenmerk ausschließlich auf der Einsparung von Arbeitskräften lag und auf Energie- und Rohstoffverschleiß in den meisten Sektoren der Wirtschaft keine Rücksicht genommen wurde, müssen notwendigerweise große Möglichkeiten zur Verminderung dieser Verschwendung und zur Einsparung von Energie und Rohstoffen gegeben sein. Es muß daher radikal die Forderung aufgestellt werden: Umstellung von Rationalisierungsinvestitionen I auf Rationalisierungsinvestitionen II. Hier liegt wirklich eine „magische“ Lösung des Problems: denn durch diese Investitionen wird weiterhin Wachstum erzielt; dank der Kostensenkungen können Gewinne erzielt bzw. die Löhne erhöht werden, ohne daß Arbeiter entlassen werden. Aber es ist ein qualitatives Wachstum, indem der Umweltverbrauch pro Produkteinheit verringert wird. Nachdem in einem ersten Wachstumsschub nach dem zweiten Weltkrieg die Substitution von Arbeit durch Energie im Vordergrund stand, geht es jetzt im Grunde um eine Substitution von Energie durch den „grauen Rohstoff“, den wir im Gehirn haben, durch unsere Intelligenz – durch eine Intelligenz, die nicht nur begreift, daß wir uns diese maßlose Verschwendung von Umweltgütern auf die Dauer einfach nicht leisten können, sondern auch aus ökonomischen Gründen nicht zu leisten brauchen, ja nicht leisten dürfen.

Worum geht es konkret bei den Rationalisierungsinvestitionen II? Die möglichen Zielsetzungen sind im wesentlichen bekannt, ihre wirtschaftliche Bedeutung wird aber zu wenig begriffen. Es fehlt somit auch weitgehend das wirtschaftspolitische Instrumentarium zu ihrer Durchsetzung. Ich fasse sie in einem 10-Punkte-Programm zusammen, das jedoch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Es handelt sich um Investitionen mit folgenden Zielsetzungen:

1. Verringerung der Rohstoffvergeudung im Produktionsprozeß, damit Minderung des Rohstoffinputs und gleichzeitig des Abfalloutputs bei gleicher Produktmenge.
2. Substitution von umweltbelastenden durch umweltfreundliche, d.h. vor allem abbaubare Stoffe.
3. Wiedereingliederung von Produktion und Konsum in den ökologischen Kreislauf- und Regenerationsprozeß.
4. Verbesserung der Produktionsform anstelle der Produktionsmenge.
5. Herstellung von Produkten mit längerer Lebensdauer.
6. Einsparung von Energie im Produktionsprozeß.
7. Herstellung von Produkten, die beim Konsum weniger Energie benötigen.
8. Einsatz von hochwertiger Energie nur bei denjenigen Prozessen, die hochwertige Energie benötigen; also geringere Energieverluste durch Abwärme.
9. Verwendung dezentralisierter, regenerierbarer Energie (Bioenergie, Sonnenenergie) anstelle von nichtregenerierbaren Energieressourcen.
10. Weiter- und Wiederverwendung von Abfällen (Recycling) bei vermehrter Verwendung recyclinggerechter Produkte und Verfahren; dies ist einer der wichtigsten Bestandteile des qualitativen Wachstums.

Es liegt auf der Hand, daß die Ausnützung dieser Möglichkeiten zu einem großen Teil technischen Fortschritt und Investitionen voraussetzt. In dieser Hinsicht gleicht – ich wiederhole es – das qualitative dem quantitativen Wachstum. Der Prozeß der Investitionen und des technischen Fortschritts wird also weiter gehen. Dieser Prozeß dient aber nicht mehr der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, sondern der Rohstoff- und Energieproduktivität, also nicht mehr der Erhöhung des Produktwerts pro Arbeitsstunde, sondern des Produktwerts pro Rohstoff- und Energieeinheit. An die Rationalisierungsinvestitionen II können nun auch – das ist wichtig – ökologiegerechte Erweiterungsinvestitionen anschließen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Investitionen des qualitativen Wachstums ergibt sich aus der Tatsache, daß sie in aller Regel unvergleichlich weniger aufwendig sind als die Investitionen des quantitativen Wachstums. Sie beanspruchen im allgemeinen wesentlich weniger Kapital, und zwar in zweierlei Hinsicht:

- a) der Kapitalumschlag geht rascher vor sich;
- b) sie benötigen weniger Kapital pro Arbeitsplatz.

Zum Problem a): Raschheit des Kapitalumschlags. Statt theoretischer Überlegungen beziehe ich mich auf Erfahrungen, welche die Migros, eines der größten Einzelhandelsunternehmen in der Schweiz, mit einem nun schon einige Jahre dauernden Energie-sparplan gemacht hat. Der Leiter dieses Energie-sparplans, Dr. PETER, stellt die „Fremdenergie-Konzeption“ der „Eigenenergie-Konzeption“ in bezug auf die Arbeitsplatz-Frage gegenüber.³ Die erstere betrifft insbesondere die Atomenergie, die letztere insbesondere die Wärme-Kraft-Koppelung und die Wiedergewinnung von Wärme durch Wärmeaustausch, später die Nutzung der Sonnenenergie. Ich zitiere:

„Der wirklich gewichtige Unterschied zwischen den beiden Energiekonzeptionen liegt in der Rentabilität der Investitionen, die zum Bau der respektiven Energieanlagen notwendig sind. Wir drücken die Rentabilität durch die Kapitalrückflußzeit aus, also die Zeit, die verstreicht, bis die ursprüngliche Kapitalinvestition wieder zum Investor zurückgeflossen ist. Fremdenergieanlagen, wie Kernkraftwerke und Fernwärmenetze, haben Kapitalrückflußzeiten von 20 und mehr Jahren (selbst ohne Zinszahlungen zu berücksichtigen). Eigenenergieanlagen, wie Wärmetauscher und thermische Kleinkraftwerke mit Wärme- und Kraftnutzung (auch Totalenergieanlagen oder Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen genannt) weisen Kapitalrückflußzeiten zwischen einem und zehn Jahren auf. Preiswerteste, komplette Sonnenenergieanlagen werden heute schon mit Kapitalrückflußzeiten von zehn Jahren gebaut, also nur halb so lange wie bei Großanlagen üblich!

Die Entscheidung für die Kernenergie war die logische Folge einer Technologiepolitik, die das Wachstum der Produktion rücksichtslos über alle anderen menschlichen Interessen stellte.

Robert JUNGK, Der Atomstaat – Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, Reinbeck b/Hamburg 1979, S. 12

Bei der Elektrizitätserzeugung läßt sich der erstaunlich große Nachteil von zentralen Großanlagen gegenüber richtig geplanten, dezentralen Kleinanlagen auf zwei Faktoren zurückführen. Die Anlagekosten pro KW sind beim Kernkraftwerk bereits höher

als bei der lokal gekoppelten Wärme-Kraft-Anlage und die Energienutzung ist fast dreimal kleiner. Durch die lokale Zusammenlegung von Stromerzeugung und Heizung kann mit geringen zusätzlichen Investitionen außer der Wärme auch noch Elektrizität produziert werden. Die Kapitalnutzung und die Energienutzung ist deshalb bei der dezentralen Totalenergieanlage bedeutend besser als beim Kernkraftwerk. Dasselbe Argument gilt auch für Fernwärmenetze, die sich kaum in 30 Jahren bezahlt machen, gegenüber lokaler Abwärmenutzung, die nur geringste Kosten verursacht. Diese Tatsache hat weitreichende Folgen. Vergleichen wir zwei Typen stromproduzierender Anlagen mit genau gleicher elektrischer Leistung, z.B. ein Kernkraftwerk mit 900 MW elektrischer Leistung (z.B. Gösgen) und 90 Industrie- und Bürohaus-Kraftzentralen mit 10 MW und zusätzlicher lokaler Nutzung der totalen Abwärme. Es zeigt sich, daß die Kleinkraftwerke eine wesentlich geringere Anfangsinvestition erfordern und dazu eine mehr als doppelt so hohe Rendite aufweisen. Das investierte Kapital fließt in weniger als zehn Jahren zum Investor zurück, das gesparte Kapital bleibt für weitere, arbeitsschaffende Investitionen zu seiner Verfügung.“

Was hier in bezug auf die Energiefrage ausgeführt – und erprobt! – wurde, läßt sich zu einem guten Teil auch auf die Rohstoff und Material sparenden Investitionen übertragen.

Zum Problem b): Kapital pro Arbeitsplatz. Sie haben wahrscheinlich vom Bau des ersten Werks der Schelde Chemie Brunsbüttel GmbH in Schleswig-Holstein gehört. Dieses Werk, das eine typische Großinvestition des quantitativen Wachstums darstellt, war auf umfangreiche Vorleistungen des Landes angewiesen. In einem Bericht⁴ über dieses Werk heißt es: „Schelde konnte nur deswegen Brunsbüttel in Betracht ziehen und sich schließlich dafür entscheiden, weil die hier verwirklichten Vorleistungen der öffentlichen Hand den Standort Brunsbüttel überhaupt erst wettbewerbsfähig gemacht haben.“ Diese Beiträge und die Gesamtinvestitionen wurden vor allem damit begründet, daß hier Arbeitsplätze geschaffen würden. Wir wollen aber einmal das Verhältnis von Kapitalaufwand zur Arbeitsplatzbeschaffung betrachten! Der gesamte private Kapitalaufwand für den Bau des Werks beträgt 500-550 Millionen DM, also mehr als eine halbe Milliarde. Mit dieser halben Milliarde werden ganze 350 Arbeitsplätze für Facharbeiter und ungelernete Arbeiter und 100 Arbeitsplätze für Angestellte geschaffen, zusammen also 450. Davon dürften höchstens 2/3, also ca. 300 für Arbeiter und Angestellte aus Schleswig-Holstein in Frage kommen. Aber es heißt in dem Bericht: „Diese Arbeitsplätze benötigt das Bundesland Schleswig-Holstein, das stets von Arbeitslosigkeit geplagt ist.“ Berechnen wir, was ein solcher Arbeitsplatz kostet, so kommen

wir – auf die Gesamtarbeiter- und Angestelltenzahl bezogen – auf über 1 Million DM (550 Millionen geteilt durch 450). Würde man auf diese Weise den ca. 1 Million Arbeitslosen in der Bundesrepublik Arbeit beschaffen wollen, so würde man also mindestens 1 Million mal 1 Million DM benötigen, also 1 Billion DM. Daß dies außerhalb jeder realen Möglichkeit liegt, braucht nicht weiter begründet zu werden. Normalerweise kostet ein Arbeitsplatz in der Industrie 50.000 bis 200.000 DM, vielleicht 300.000 DM. Arbeitsplätze des qualitativen Wachstums sind – wie erwähnt – vor allem auf Erhöhung der Produktqualität bei geringerem Rohstoffaufwand oder vermehrt auf Verwendung regenerierbarer oder abbaubarer Stoffe ausgerichtet, was in der Regel mehr Arbeit erfordert. Der Kapitalbedarf pro Arbeitsplatz liegt hier oft unter 50.000 DM. Die „Arbeitsplatzrendite“ öffentlicher Investitionen – wenn schon solche nötig sind – ist bei Investitionen des qualitativen Wachstums – das muß mit allem Nachdruck gesagt werden – unvergleichlich viel höher.

In der 'freien Welt' ist bereits ein deutlicher Rückgang der Toleranz, die Zunahme von direkter oder indirekter Zensur, die Verketzerung von 'Dissidenten', aber auch eine spürbare Verschärfung und Erweiterung der Überwachung in Beruf und Privatleben festzustellen. Viele meinen, das seien hoffentlich nur 'vorübergehende Maßnahmen'. Das ist ein falscher Trost. Denn ein Land, das seine Atomindustrie ausbaut, wählt damit den 'starken Staat' in Permanenz...

Atomindustrie – das bedeutet permanenten Notstand unter Berufung auf permanente Bedrohung. Sie 'erlaubt' scharfe Gesetze zum 'Schutz der Bürger'. Sie verlangt sogar die Bespitzelung von Atomgegnern und Naturschützern als 'Präventivmaßnahme'... Angesichts solcher Aspekte liegt es fast nahe, polemisch zu fragen, ob nicht diese Machtaspekte der Atomindustrie sie gewissen Kreisen so attraktiv macht, obwohl die wirtschaftlichen Gewinnaussichten der 'neuen Kraft' mehr als zweifelhaft geworden sind.

Robert JUNGK. Der Atomstaat – Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, Reinbeck b/Hamburg 1979. S. 13 und 143

Umweltschonendes qualitatives Wachstum und eine realistische, weil billige Politik zur Arbeitsplatzbeschaffung gehen also Hand in Hand.

Schon bei den heutigen Preisen und Kosten drängt sich eine Qualifizierung des Wachstums aus rein privatwirtschaftlichen Motiven auf, und schon mit Hilfe des heute zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Instrumentariums kann die öffentliche Hand entsprechende Vorhaben unterstützen. Man muß nur wollen. Eine der größten Hindernisse bildet allerdings die Verzerrung der relativen Preise von Arbeit und Kapital. Die Arbeit wird durch die zahlreichen Lohnnebenkosten und die Mehrwertsteuer bis zu 60% über den ausbezahlten Löhnen künstlich verteuert, während der Kapitaleinsatz (Kreditaufnahme usw.) nicht einmal der Mehrwertsteuer untersteht. Die Lasten müssen gleichmäßiger auf die verschiedenen Produktionsfaktoren verteilt werden, um die künstlichen Anreize zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen zu beseitigen. Vor allem aber geht es um eine auf qualitatives Wachstum ausgerichtete Energiepolitik. Ihr Ziel darf nicht sein, Riesenkraftwerke mit hohen Fixkosten und Zwang zur Massenproduktion zu erstellen, was wieder zur Substitution von Arbeit durch Energie zwingt; vielmehr muß sie eine Reduktion des Primärenergieaufwands und eine dezentrale Energieproduktion bewirken, wenn es wirklich um Arbeitsbeschaffung geht. Nach einer Studie der Schweizer Energie-Stiftung werden durch eine Verringerung der vorgesehenen Steigerungsraten der Primärenergieproduktion um etwa 1/3 bis zum Jahr 2.000 26.000 Arbeitsplätze verloren gehen, die beim Bau von Atomkraftwerken, elektrischen Leitungen usw. entstanden wären, aber gleichzeitig für Energiesparanlagen und die Bereitstellung alternativer Energieträger 51.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Es bleibt also ein Überschub an neuen Arbeitsplätzen in der Größenordnung von 25.000. Wenn man schweizerische Zahlen auf die Bundesrepublik überträgt, muß man sie im Sinne einer ganz groben Schätzung mit 10 multiplizieren. Wir werden also nicht ganz falsch liegen, wenn wir bei einer ähnlichen Revision der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland ein Plus von 250.000 Arbeitsplätzen schätzen.

4.3 Die zweite Strategie des qualitativen Wachstums: Strategie der Eigenproduktion und der „kleinen Netze“

Die zweite Strategie des qualitativen Wachstums geht in ihrer Konsequenz über die Rationalisierungsstrategie hinaus; sie hat längerfristigen Charakter. Wir gehen davon aus, daß die arbeitssparenden Rationalisierungsinvestitionen I weitergehen,

wenn auch vielleicht in einem verminderten Ausmaß. Die Arbeitsproduktivität steigt weiter an und parallel dazu gehen Arbeitsplätze verloren. Brauchte man für eine bestimmte Produktion früher 2 Arbeitskräfte, so benötigt man jetzt z.B. nur noch 1 Arbeitskraft. Die Arbeitsplätze werden somit in einem bestimmten Betrieb auf die Hälfte schrumpfen. Es liegt nun nahe, zu postulieren, die so induzierte Arbeitslosigkeit sei dadurch zu beseitigen, daß man die Arbeitszeit der verbleibenden Arbeiter auf die Hälfte kürzt, und dafür die Arbeiter, die sonst entlassen werden müßten, ebenfalls mit halber Arbeitszeit weiter beschäftigt. Beide können – so scheint es – den ursprünglichen Lohn behalten, denn jetzt produziert jeder in der halben Zeit so viel wie vorher in der ganzen; der Ertrag des Unternehmens würde daher gleich bleiben, ebenso die Kosten. Der erhöhte Ertrag pro Arbeitsstunde würde einfach via Freizeit statt via Lohnerhöhung weitergegeben. Diese Kalkulation geht jedoch nicht auf, da die durch die Investition verursachten höheren Kapitalkosten berücksichtigt werden müssen. Nur ein Teil der freigesetzten Arbeitskräfte könnte bei vollem Lohnausgleich wiederbeschäftigt werden, ohne daß die Kosten den Ertrag übersteigen. Außerdem erhöht sich der Lohn pro Arbeitsstunde und damit der Preis der Arbeit im Verhältnis zum Preis der Energie und der Rohstoffe oder des Kapitals. Dies veranlaßt die Unternehmer, weiter zu rationalisieren und damit erneut Arbeitskräfte freizusetzen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich stellt daher keine Lösung des Arbeitslosenproblems dar. Trotzdem liegt hier zweifellos ein wichtiger Ansatzpunkt.

Wenn die Arbeitslosigkeit nicht reduziert wird, zwingt Vollbeschäftigung bei Erhöhung der Arbeitsproduktivität ohne Reduktion der Arbeitszeit zur Produktionserhöhung, d.h. zu Erweiterungsinvestitionen. Ich habe aber schon darauf hingewiesen, daß sich diese in einer Rezession schwer realisieren lassen, und – wenn sie sich realisieren lassen – nur auf Kosten eines parallel dazu wachsenden Umweltverbrauchs. Also muß tatsächlich durch Arbeitszeitverkürzung pro Arbeitnehmer für wegrationalisierte Arbeitnehmer Platz geschaffen werden. Aus Kostengründen ist aber ein voller Lohnausgleich nicht oder nur in beschränktem Maße möglich (das Ausmaß hängt u.a. auch von der Stellung des betreffenden Wirtschaftssektors im Weltmarkt ab). Es muß also eine Lösung durch Arbeitszeitverkürzung oder Teilarbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich gesucht werden. Die Frage stellt sich nun: ist eine solche Arbeitszeitverkürzung oder Teilarbeitszeit, die mit einer Reduktion des Nominallohns einhergeht, überhaupt zumutbar? Ich möchte diese Frage mit einem klaren Ja beantworten – auf jeden Fall dann, wenn man es auf eine zwar relevante, aber nicht radikale Arbeitszeitverkürzung in der Höhe von z.B. 10% im Durchschnitt

bezieht. Woher nehme ich den Mut zu diesem Ja? Es läßt sich meiner Ansicht nach nur dann rechtfertigen, wenn durch eine solche Kürzung nicht nur die Lebensqualität erhöht, sondern auch der materielle Lebensstandard des Arbeitnehmers zumindest nicht reduziert wird. Es wird aber auch tatsächlich keine Reduktion stattfinden, im Gegenteil. Viele Produkte der Wirtschaft werden nämlich wegen allzu großer Produktionsumwege zu überhöhten Preisen angeboten, die über den direkten Arbeits- und Materialkosten zu liegen kommen. Überall, wo dies der Fall ist, ist es für den größten Teil der Einkommensempfänger ökonomisch lohnender, die Arbeitszeit, die man der arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung stellt, zu kürzen, und in der freigeordneten Arbeitszeit – ich möchte sie gar nicht Freizeit nennen –, selber die betreffenden Produkte herzustellen; in noch höherem Maße gilt dies hinsichtlich vieler Dienstleistungen mit einem unverhältnismäßig hohen Marktpreis des Produkts bzw. der Dienstleistung, die man dank der Arbeitszeitkürzung selber herstellen bzw. erbringen kann und daher nicht mehr vom Markt beziehen muß. Wenn der Marktpreis des Produkts bzw. der Dienstleistung größer ist als der entgangene Lohn, ist diese Substitution von Arbeit für die arbeitsteilige Wirtschaft durch Arbeit für die Eigenproduktion (Selbstversorgung) ökonomisch sinnvoll. Sie führt zu einer Erhöhung des Lebensstandards. Dies gilt für einen größeren Bereich wirtschaftlicher Tätigkeiten als man im allgemeinen annimmt, wobei der Umfang des Bereichs selbstverständlich von der Ausbildung und dem Vorhandensein von geeigneten Rezepten bzw. Mustern für die Eigenproduktion abhängt.

Eigenarbeit ist die ursprüngliche Form der Arbeit. Die Arbeit, deren Produkte man kennt, und vielleicht liebt und die einem zu eigen sind, bis man sie für seine Hausgemeinschaft verwendet oder verkauft; die Arbeit, deren Risiko man kennt und zu verantworten weiß...

Jeder von uns ahnt die fundamentale Unsicherheit und Abhängigkeit, die entstanden ist, seit wir nicht mehr von den Produkten der Eigenarbeit und der Nachbarschaftshilfe leben.

Christine und Ernst von WEIZSÄCKER, Eigenarbeit in einer dualen Wirtschaft, in Josef HUBER (Hrsg.), Anders arbeiten – anders wirtschaften, Frankfurt 1979, S. 94

Jeder weiß, daß bei praktisch allen handwerklichen Tätigkeiten die Eigenproduktion ökonomischer ist. Wer nur einigermaßen geschickt ist, fährt durch „Do-it-yourself“ im Haushalt besser, wenn er die nötigen Reparaturen oder Neuinstallationen selber macht. Das, was man dem Handwerker bzw. seiner Firma bezahlen muß, ist oft mehr, als man selber in dieser Zeit verdient. Einsichtig ist auch, daß eine Hausfrau in der Regel billiger kocht als der Restaurationsbetrieb, weil hier zu viele Produktionsumwege eingeschlagen werden müssen. Wer eine gute Mahlzeit auf den Tisch stellt, kombiniert die Arbeit des Einkäufers, des Chauffeurs, des Kochs, des Kellners, des Chef de Service, der Kassiererin, des Tellerwäschers, der Putzfrau und des Managers eines Restaurationsbetriebes. Zudem wird in der eigenen Küche in der Regel besseres und gesünderes Essen zubereitet, als der übliche Restaurationsbetrieb anzubieten vermag.

Viel zu wenig wird aber die Tatsache beachtet, daß ähnliche Überlegungen auch für Käufe von Fabrikwaren gelten, z.B. für den Kauf eines Kleids. So kann sich z.B. eine Frau innerhalb von vier Stunden ein Kleid nähen, das im Modegeschäft vielleicht – ich wähle schweizerische Zahlen – 180 Franken kosten würde. Zieht man dabei die Materialkosten von 60 Franken ab, so resultiert ein effektiv verdienter Stundenlohn von 30 Franken. Würde dieselbe Frau hingegen ihr Talent als Näherin einer Boutique zur Verfügung stellen, hätte sie zum Beispiel in der Schweiz einen Stundenlohn von etwa 9 Franken, als gute Sekretärin hingegen würde sie mit 14 Franken in der Stunde entlohnt. Sie müßte also mindestens doppelt so lange arbeiten, um zu ihrem Kleid zu kommen.

Noch viel krasser fallen die Vergleiche bei Dienstleistungen im Sozialbereich aus. Vergleicht man die Kosten eines Spitalaufenthalts mit den Kosten einer Heimpflege, in allen Fällen, in denen der Spitalaufenthalt nicht wegen Operation usw. unbedingt erforderlich ist, kommen wir auf unwahrscheinliche Einsparungen. Nur wird hier der Vergleich deshalb nicht augenfällig, weil die Spalkosten zum größten Teil über Versicherungen und öffentliche Aufwendungen bezahlt werden; die Finanzierung des übermäßigen Aufwands muß aber schließlich ebenfalls von uns allen durch Steuern und Versicherungsbeiträge getragen werden.

In allen genannten Bereichen – es ließen sich viele andere aufzählen – führt ein Rückzug der Arbeitnehmer aus der arbeitsteiligen Wirtschaft zu einer verbesserten Effizienz und damit zu Kostenreduktionen, die nicht nur eine gleichwertige, sondern u.U. sogar eine verbesserte Ausstattung mit Gütern und Dienstleistungen gewährleisten. Die Möglichkeiten einer solchen Kostenreduktion werden nun noch wesentlich erhöht, wenn eine interne Spezialisierung im Mietshaus, in der engeren oder weiteren

Nachbarschaft, vielleicht sogar in einer Region im Rahmen sog. „kleiner Netze“ aufgebaut wird. Hier geht es darum, ohne geldmäßige Verrechnung auf der Basis von Leistung und Gegenleistung die Effizienz der Eigenproduktion bzw. der Dienstleistungen im Sinne von Sozialdiensten noch zu verbessern und damit ein stärkeres Gegengewicht gegen die Kostenexplosion im Industrie- und vor allem auch im Dienstleistungs- und Gesundheitswesen zu schaffen. Mit einer solchen Verlagerung der Arbeitszeit für die Wirtschaft auf Arbeitszeit für das eigene Heim oder die „kleinen Netze“ wird dreierlei erreicht: Sie ermöglicht allen Arbeitnehmern trotz weiterer Rationalisierungen, einen Arbeitsplatz in der arbeitsteiligen Wirtschaft zu finden; sie erhöht den materiellen Lebensstandard, und sie steigert vor allem die Lebensqualität, indem die Umwelt geschont und gleichzeitig im Bereich der „kleinen Netze“ Lebensformen aufgebaut werden, die vor allem den Großstadtmenschen aus seiner Selbstisolation herausführen und auch von dieser Seite erstrebenswert sein können.

Ein 'Kleines Netz'... sollte in der Regel 15 – 20 Familien umfassen, die im Rahmen einer Siedlungsgemeinschaft einzelne soziale Aufgaben und Gemeinschaftsdienste aus eigener Kraft erfüllen... Der Einbezug von Wahlverwandtschaften, Großfamilien, einzelnen Wohngemeinschaften und Kommunen wäre wünschenswert. Dabei hätte diese Integration selbstverständlich ohne Zwang zu erfolgen...

Ein neues Bodenrecht müßte die Rechtsinstitution einer gemeinsamen Nutzung des Bodens (Allmend) wieder beleben und einfache Regelungen zur Überlassung von Grund und Boden im Baurecht oder im Nutzungsrecht schaffen. Baurecht und Nutzungsvorschriften sind auf die Bedürfnisse der 'Kleinen Netze' auszurichten.

Werner GEISSBERGER, Kleine Netze
in: R. Brun (Hrsg.), Die tägliche Revolution,
Frankfurt 1978, S. 127 und 132

verkürzung bzw. Teilzeitarbeit ohne entsprechenden Lohnausgleich ermöglicht. Wer einen ökonomischen und psychologischen Vorteil darin sieht, wird die Gelegenheit dazu wahrnehmen. Gleichzeitig geht es darum, diese Möglichkeiten verstärkt in die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzubeziehen. Vor allem im Hinblick auf den Ausbau des Sozialdienstes und des Aufbaus der „kleinen Netze“ geht es aber auch darum, den Staat bis hinunter zur Gemeinde einzubeziehen, sowohl im Hinblick auf gesetzgeberische Maßnahmen als auch im Hinblick auf Anpassungen im Bereich der Infrastruktur und der Schulung und Ausbildung. Ich darf hier auf den „NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle“ hinweisen, der sich vor allem auch mit diesen Problemen beschäftigt.⁵

4.4 Die beiden Strategien ergänzen sich

Es sei schließlich noch darauf hingewiesen, daß sich die beiden vorgeschlagenen Strategien ergänzen, indem die energie- und rohstoffsparenden Investitionen und die darauf aufbauende Produktion vielfach zu einer Dezentralisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit führt, was gleichzeitig den Aufbau von „kleinen Netzen“ erleichtert. Wir gelangen damit vielleicht auch zu einer kombinierten Strategie, wie sie Willy *BIERTER* und Ernst von *WEIZSÄCKER*⁶ in einem in der Zeitschrift „Prisma“ der Gesamthochschule Kassel erschienenen Aufsatz entwickelt haben. Sie umfaßt drei Postulate:

- solidarische Verminderung der Einkommen
- arbeitsintensive (sog. angepaßte) Technologien
- Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

5 Ausbau der offiziellen Beschäftigungsstrategien (Lohndämpfung und Arbeitszeitverkürzung) zu Strategien des qualitativen Wachstums

Heute werden in der Bundesrepublik von offiziellen Stellen vor allem zwei Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund gestellt. Die erste Strategie kommt eher von der rechten Seite; sie empfiehlt Lohndämpfung. Die zweite kommt eher von der linken Seite; sie empfiehlt Arbeitszeitverkürzung. Aus meinen Ausführungen dürfte deutlich geworden sein, daß beide Strategien einen richtigen Kern enthalten. Sie werden aber nur dann zum Ziel führen, wenn sie nicht – wie es bis heute ausschließlich geschieht – auf weiteres quantitatives Wachstum ausgerichtet werden, sondern mit einer Stabilisierung der materiellen Produktion und damit des Umweltverbrauchs verbunden sind. In Bezug auf die Lohndämpfungsstrategie ist zu sagen: es ist

Aus den erwähnten Gründen wäre schon viel gewonnen, wenn eine flexible Arbeitszeitregelung Platz greifen würde, die eine freiwillige Arbeitszeit-

richtig, daß übermäßige Lohnsteigerungen zu immer weiteren Rationalisierungsinvestitionen zwingen und somit weitere Arbeitslosigkeit provozieren. Durch Lohndämpfung würde diese Tendenz vermindert und der Anreiz zu Erweiterungsinvestitionen und damit zur Steigerung des Sozialprodukts und zum wirtschaftlichen Wachstum verstärkt. Wie will man aber – das ist hier die Frage – den Gewerkschaften weiß machen, daß die Arbeitnehmer durch relative Lohnkürzungen zu einer Erhöhung des Sozialprodukts beitragen sollen, an dem sie gerade wegen dieser Lohnkürzungen einen geringeren Anteil haben? Die Forderung nach Zurückhaltung im Lohnsektor läßt sich nur dann rechtfertigen, wenn sie statt auf Erhöhung des Sozialprodukts und quantitatives Wachstum auf Erhöhung der Lebensqualität und qualitatives Wachstum ausgerichtet ist – einer Lebensqualität, an der alle in gleicher Weise partizipieren, unabhängig von ihrem Einkommen. Im übrigen kommt es hier nicht nur auf die Löhne, sondern – wie schon gesagt – auf die Senkung der Lohnnebenkosten an, welche die Arbeit künstlich verteuern. Als Kompensation wäre eine stärkere Belastung der Energie vorzusehen. Auf jeden Fall muß die Lohndämpfungsstrategie mit der Energiepolitik kombiniert werden.

In Bezug auf die Strategie der Arbeitszeitverkürzung läßt sich sagen: es ist wichtig, daß eine Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen mit Arbeitszeitverkürzung beantwortet werden muß, wenn man das Beschäftigungsproblem lösen will. Aber ein voller Lohnausgleich, wie er von den Gewerkschaften verlangt wird, führt zu einer Überforderung der Wirtschaft und zwingt zu immer weiteren Rationalisierungen und dadurch zu weiterer Entlassung von Arbeitskräften. Man will quantitatives Wachstum erzielen, erreicht es aber nicht. Nur eine Kombination von Arbeitszeitverkürzung und qualitativem Wachstum hat Erfolg, wenn der der arbeitsteiligen Wirtschaft entzogene Teil der Arbeitszeit für die Eigenproduktion und die Arbeit in den „kleinen Netzen“ zur Verfügung gestellt wird und somit eine Minderung des nominellen Geldlohns in Kauf genommen werden kann. Der entscheidende Mut für die Inangriffnahme einer neuen Strategie ist – ich wiederhole es – der Mut, das heutige Wirtschaftsmodell zu verlassen. Wenn wir unsere Wirtschaft nur auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ausrichten und uns im übrigen allein innerhalb des Geldkreislaufs bewegen, wird es keine Lösung des Zielkonflikts im „magischen Dreieck“ geben. Die „Magie“ liegt im Lösungsansatz zweiter Ordnung, in der Infragestellung des gewohnten Modells, und im Übergang zu einer Wirtschaft, bei der die Umwelt einen selbständigen und umfassenden Stellenwert erhält. Das heißt: keine Vorgabe mehr von undifferenzierten und „unqualifizierten“ Wachstumsraten für die Wirtschaft, wohl aber Vorgaben für die Erreichung des Vollbeschäftigungsziels und der Preis-

stabilisierung, zusätzlich aber auch Vorgaben für die Reduktion des Umweltverbrauchs. Wenn wir uns zu einer solchen Umformulierung des „magischen Dreiecks“ entschließen und die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen – nur dann – wird es in Zukunft nicht heißen „Wirtschaftskrise oder Umweltkrise“ – „Vollbeschäftigung“ oder „Umweltschutz“, sondern: „weder Wirtschaftskrise noch Umweltkrise“ oder positiv: „Vollbeschäftigung und Umweltschutz“.

6 Anmerkungen

- 1) Werner MEISSNER und Erich RÖDL, Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes. Manuskript. Juli 1976
- 2) Vgl. Paul WATZLAWICK u a., Lösungen, Bern 1974, S. 46
- 3) Rolf W. PETER, Sichert der nationale Energiesparplan die Arbeitsplätze?, in: Aktuelles Bauen. Das schweizerische Bau- und Wirtschaftsmagazin, Zürich, November 1977, S. 12
- 4) Manfred GUTERMUTH, Grundsteinlegung von Bayer und Ciba Geigy für eine neue Fabrikation im Farbenbereich, in: Deutschland-Schweiz, Zeitschrift der Handelskammer Deutschland-Schweiz, Nr. 12, 1977, S. 677
- 5) Hans Christoph BINSWANGER, Werner GEISSBERGER, Theo GINSBURG (Hrsg.), Der NAWU-Report Wege aus der Wohlstandsfalle – Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise, Frankfurt a.M. 1978
- 6) Willy BIERTER und Ernst von WEIZÄCKER, Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, in: Strategien gegen die Arbeitslosigkeit, hg. von Karl Georg ZINN, Frankfurt a.M./Köln, 1977, S. 192 ff.

„Der Westen ist nicht mit dem Osten zu heilen, und der Osten nicht mit dem Westen. Wir müssen den Weg finden, der aus diesem Dilemma herausführt. Dieser 'dritte Weg' muß in letzter Konsequenz aus dem Industriesystem, jedenfalls aus dem so wie hier betriebenen, hinausführen.“

Rudolf BAHRO, Wahnsinn mit Methode, Berlin 1982, S. 37

Aufbruch zu einem neuen Bodenrecht?

Zu den Ansichten von Hans-Jochen VOGEL über eine Reform des Bodenrechts

Die Wahl von Hans-Jochen VOGEL zum Kanzlerkandidaten der SPD im Herbst letzten Jahres hat unseren Mitarbeiter Hans HOFFMANN angeregt, sein Archiv zu durchforsten und frühere Stellungnahmen VOGELs zu Bodenreformbestrebungen wieder hervorzuholen. Er stieß dabei auf einen Aufsatz von Dr. VOGEL, der unter dem Titel „Bodenrecht und Stadtentwicklung“ in der 'Neuen Juristischen Wochenschrift' erschienen ist. (25. Jg. 1972, Heft 35, S. 1544ff). Dieser Artikel stand im Zeichen der Diskussionen auf dem 49. Deutschen Juristentag, wo man unter anderem zu der Erkenntnis kam, daß sich die äußerst schwierigen juristischen Probleme eines künftigen Bodenrechts im städtebaulichen Bereich ohne eine gesellschaftspolitische Gesamtkonzeption kaum lösen lassen. Die im folgenden Beitrag enthaltenen Zitate sind dieser Veröffentlichung entnommen.

Die Redaktion

Übersicht

- 1 Vom 'Juso-Fresser' zum Gesprächspartner für Alternative
- 2 VOGELs Kritik am bestehenden Bodenrecht
 - 2.1 ...insbesondere an der dadurch bedingten Vermögenskonzentration
 - 2.2 ...und der häufigen Fehlnutzung des Bodens
- 3 Vorschläge zur Reform des Bodenrechts
 - 3.1 Vier Gründe gegen eine Sozialisierung oder Kommunalisierung des Bodens
 - 3.1.1 Gegenargumente
 - 3.2 Realistische Reformvorschläge
 - 3.2.1 Erste Phase der Bodenrechtsreform
 - 3.2.2 Zweite Phase der Bodenrechtsreform
 - 3.1.1 Gegenargumente
 - 3.2 Realistische Reformvorschläge
 - 3.2.1 Erste Phase der Bodenrechtsreform
 - 3.2.2 Zweite Phase der Bodenrechtsreform
- 4 Von der Idee zur Wirklichkeit?
 - 1 **Vom 'Juso-Fresser' zum Gesprächspartner für Alternative**

Schon als 34-jähriger wurde Hans-Jochen VOGEL zum Oberbürgermeister von München gewählt; zwölf Jahre stand er der bayrischen Hauptstadt vor.

Bei seiner Wiederwahl im Jahr 1966 erhielt er fast 80% der Stimmen. 1972 übernahm er im Kabinett BRANDT / SCHEEL das Wohnungsbauministerium und 1974 in der Regierung SCHMIDT das Justizministerium. Vor wenigen Jahren wurde er nach West-Berlin geschickt, um dort die tiefe Zerrissenheit in der städtischen SPD-Führung zu überbrücken. Und im November 1982 wurde VOGEL schließlich als Spitzenkandidat der SPD im Kampf um die Wahl des nächsten deutschen Bundestages nominiert.

Als Dr. VOGEL noch Oberbürgermeister von München war, gehörte er zu jenen, die mit Macht und Überzeugung die Linken in der Partei zu bändigen suchten. 'Juso-Fresser' hieß man ihn damals. Heute sieht er die Notwendigkeit des Gesprächs mit der jungen Generation ein, betont aber, daß eine Zusammenarbeit mit ihr nur dann möglich sei, wenn von ihr ein strikter Verzicht auf Gewaltanwendung ausgesprochen wird. VOGEL betrachtet sich als Rechter unter den Linken, erklärte aber angesichts des von ihm als ungerecht empfundenen Bodenrechts und der Entmenschlichung der Städte: wenn man unter 'links' das Engagement für realisierbare Bodenrechtsreformen verstehe, 'dann bin ich selbstverständlich ein Linker.'

Aufgrund seiner zwölfjährigen Erfahrung als Oberbürgermeister von München äußerte VOGEL seine tiefe Besorgnis darüber, daß die Verstädterung rasante Fortschritte mache und daß heute die große Masse der in den Industrienationen lebenden Menschen kaum drei Tage lang ein menschenwürdiges Dasein führen könnten, wenn die alles bestimmenden Gemeinschaftseinrichtungen einmal ausfallen würden: von der Wasser- und Elektrizitätsversorgung über die Müllabfuhr bis zu den Verkehrssignalanlagen, Schulen und Krankenhäusern. Die Krise der Städte werde zu einem Menschheitsproblem: Die öffentliche Armut, die Wanderung in die Vororte, die Überlastung der Dienste, die stadtzerstörenden Wirkungen der Übermotorisierung, die steigende Kriminalität und der wie ein Steppenbrand um sich greifende Drogenmißbrauch häufen sich als Problemkomplex in den Städten.

„Die Krise der Städte ist die Krise der ökonomischen Stadt. Sie besteht darin, daß auch in unseren Städten die Zuwachsraten das ausschlaggebende Entscheidungskriterium darstellen. Alles, was die Zuwachsraten des Sozialproduktes, des Konsums, des Profits steigert, ist gut und geschieht, alles, was die Zuwachsraten auch nur abflacht, ist schlecht und unterbleibt.“

„Wer diese Krise meistern will, muß das ökonomische Prinzip in seine Schranken verweisen; muß es dem Primat der Politik unterordnen und dafür sorgen, daß es nicht herrscht, sondern dient. Zwei Reformen sind dabei besonders dringlich: Eine Steuerreform, die den Zuwachs des privaten Konsums zugunsten der Gemeinschaftsinvestitionen bremst, und eine Reform unseres Bodenrechts.“

2 VOGELs Kritik am bestehenden Bodenrecht

„Unser Bodenrecht geht in seinen Ursprüngen auf Grundzüge des römischen Rechts zurück, die im 19. Jahrhundert vom Liberalismus fortentwickelt und in die heute geltende Fassung gebracht wurden. Es behandelt den Grund und Boden im Prinzip wie jede andere Ware, läßt den Preis nach Marktgrundsätzen durch Angebot und Nachfrage bestimmen und beläßt Bodenwert und Bodenrente im wesentlichen dem jeweiligen Privateigentümer. In den Grenzen des Bundesbaugesetzes ist auch die Entscheidung über die Nutzung des Grundstücks Sache des Eigentümers.“

„Diese Regelung ist bereits im Ansatz fehlerhaft. Grund und Boden ist keine beliebig vermehrbare Ware: er ist vielmehr als nahezu einziges Gut unvermehrbar, unverzichtbar und unzerstörbar. Die daraus resultierende Monopolstellung der Eigentümer hat schon in der Vergangenheit zu mühelosen Gewinnen größten Ausmaßes geführt und denen, die über große Ländereien oder über wertvolle Stadtgrundstücke verfügten, eine unangemessene, die Interessen der Gemeinschaft beeinträchtigende Machtposition verschafft.“

H.J. VOGEL

„Der Marktmechanismus vermochte diese Entwicklung nicht zu steuern. Er wurde insbesondere dadurch gestört, ja geradezu außer Kraft gesetzt, daß der Grund und Boden als spekulationsträchtiges Anlageobjekt Kapital auf sich zog, das sich nicht am Ertrag einer sinnvollen Nutzung, sondern ausschließlich an den sprunghaften Wertsteigerungen orientierte, die eben nur ein nicht reproduzierbares Gut erwarten ließ, bei dem ein starres Angebot einem rapide wachsenden und unabweisbaren Bedarf gegenüberstand. Weiter verschlechterte die gegenwärtige Regelung in marktwidriger Weise die

Erwerbschancen für diejenigen, der den Bodenpreis und damit den Gegenwert der zukünftigen Erträge mangels eigenen Vermögens von Anfang an aus eben diesen Erträgen erwirtschaften muß. Dies auch dann, wenn kapitalschwache Erwerber ein mit den Zielen der Stadtentwicklung vereinbartes Projekt planten.“

„Durch die Beschleunigung des Verstärkerprozesses und den wachsenden Bedarf an Stadtfläche – er stieg zwischen 1930 und 1960 von 80 auf 140 Quadratmeter pro Einwohner und wird für das Jahr 2.000 auf 200 Quadratmeter pro Einwohner geschätzt – haben sich die negativen Auswirkungen unseres Bodenrechts noch weiter verschärft.“

2.1 ...insbesondere an der dadurch bedingten Vermögenskonzentration

„Die rasch ansteigenden Bodenwertzuwächse und die ebenso rasch ansteigenden Bodenrentenerträge konzentrieren sich in wenigen Händen. Zwar beträgt die Zahl der Grundstückseigentümer in der Bundesrepublik gegenwärtig rund 10 Millionen. Davon sind jedoch rund 6 Millionen Eigentümer von eigen genutzten Eigenfamilienhäusern und Eigentumswohnungen und rund 2,5 Millionen Landwirte. Der Wert der landwirtschaftlichen Flächen in der überwiegenden Zahl der Fälle stagniert oder sinkt sogar. Scheidet man auch noch die sonstigen Kleineigentümer sowie Flächen der öffentlichen Hand (Post, Bahn und Kommunen) aus, dann kommt man auf eine Zahl von allerhöchstens 800.000 Bodeneigentümern. Dieser kleinen Gruppe, die nicht einmal ganz 1,3% unseres Volkes ausmacht, sind die Wertsteigerungen, die für die Zeit seit 1945 auf über 100 Milliarden DM geschätzt werden und die ganz überwiegend auf Leistungen der Gemeinschaft, und nur zum geringeren Teil auf eigenen Leistungen der Eigentümer beruhen, zum allergrößten Teil zugeflossen.“

„In der Zukunft wird diese Fehlakkumulation des Volksvermögens eher noch beschleunigt fortschreiten. In einzelnen Verdichtungsgebieten betrug 1971 der Anteil des Bodenpreises an den Gesamtkosten bei Schulen bis zu 50%, bei Straßen bereits 80%. Vor sechs Jahren lauteten die Vergleichswerte noch 30% und 65%.⁴ Im sozialen Wohnungsbau stieg der Grundstückskostenanteil in München von 1961 bis 1968 von 12% auf 23%, also fast auf das Doppelte. Heute, im Jahre 1972, liegen die Gesamtkosten pro Quadratmeter Wohnfläche schon bei 1485 DM und der Grundstückskostenanteil bei 270 DM. In einem normalen Wohngebiet Stuttgarts erhöhte sich der Anteil der Grundstückskosten von 1958 bis 1969 auf 24%, d.h., sogar auf das Vierfache. Wachsende Anteile der Gemeinschaftseinnahmen und der Einkünfte der Einzelnen fließen also ohne erkennbaren Rechtfertigungsgrund einer kleinen Minderheit zu.“

2.2 ...und der häufigen Fehlnutzung des Bodens

„Bei Nutzungskonflikten, das heißt beim Wettbewerb mehrerer Nutzungen um dasselbe Grundstück, setzt sich in aller Regel diejenige Nutzung durch, die aus dem Grundstück den höchsten Ertrag für den privaten Eigentümer herausholt und deshalb den höchsten Kaufpreis bezahlen kann. Ob diese Nutzung dann auch den Interessen der Gemeinschaft entspricht oder auch nur die der Gemeinschaft erwachsenden Folgekosten deckt, spielt keine Rolle. Deshalb setzt sich zumindest dort, wo schon Baurecht besteht, zumeist das Bürohaus gegen den Biergarten, das Konzerngebäude gegen das Café und das Kaufhaus gegen das kommunale Kommunikationszentrum durch. Greift die Stadt kraft ihrer Planungshoheit ein, muß sie den Verkehrswert entschädigen, und der richtet sich wiederum nach der Nutzung mit dem höchsten Ertrag – und dies selbst dann, wenn der Eigentümer von seinem Baurecht überhaupt noch keinen Gebrauch gemacht hat. Die Verödung unserer Innenstädte, die Verdrängung der Wohnbevölkerung aus den Innenstadtrandgebieten, die Zerstörung schutzwürdiger alter Bausubstanz hat hier ihre Wurzel.“

„Fehlakkumulation von Vermögen und Fehlentscheidung von Nutzungskonflikten sind also die gravierenden Fehlfolgen des geltenden Bodenrechts. Die eine Erscheinung berührt eine Grundfrage der Gerechtigkeit und der Machtverteilung in unserer Gesellschaft. Die andere Konsequenz ist die Ursache bedenklichster Fehlentwicklung unserer Städte: nicht die menschliche, sondern die profitable Stadt ist das Ergebnis. Oekonopolis anstelle von Humanopolis.“

H.J. VOGEL

3 Vorschläge zur Reform des Bodenrechts

Die Zahl der Reformvorschläge, welche diese Gefahren bannen wollen, ist sehr groß. VOGEL weist von vornherein alle diejenigen Vorschläge zurück, die auf eine Sozialisierung oder Kommunalisierung des Bodens hinauslaufen. Für ihn kommt es auch als langfristige Zielsetzung nicht in Betracht, den Boden, die Gebäude und die an beiden bestehenden Nutzungsrechte auf den Staat oder die örtliche Gemeinschaft zu übertragen.

3.1 Vier Gründe gegen eine Sozialisierung oder Kommunalisierung des Bodens

1. „Zur freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gehört auch eine Eigentumssphäre, weil die unangetastete Nutzung bestimmter Gegenstände Voraussetzung dieser Entfaltung ist.“

Das Bundesverfassungsgericht habe in seinem Urteil vom 18.12.1968 mit Recht ausgeführt, dem Eigentum komme die Aufgabe zu, dem Einzelindividuum als dem Träger dieses Grundrechtes einen Freiheitsbereich im vermögensrechtlichen Raum sicherzustellen und ihm damit eine eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens zu ermöglichen. Diese Sphäre würde in unangemessener Weise eingeschränkt, wenn der Einzelne an der von ihm genutzten Wohnung oder der von ihm selbst genutzten landwirtschaftlichen Fläche nur ein ohne weiteres aufhebbares obligatorisches oder gar öffentliches, nicht aber ein mit Enteignungsgarantien geschütztes dingliches Recht besitzen könnte.

2. „Die praktischen Erfahrungen mit Systemen, in denen die Verwaltung, Zuteilung und Unterhaltung des gesamten Boden- und Gebäudebestandes der öffentlichen Hand übertragen wurde, sind wenig ermutigend.“ VOGEL weist mit Recht darauf hin, daß die völlige Ausschaltung des ökonomischen Prinzips ganz offensichtlich zur Verschwendung von Grundstücken, zu unwirtschaftlichem Aufwand, zu Vernachlässigungen und zu Fehldispositionen geführt hat, die sich weder durch behördliche Kontrollen noch durch die Mitwirkung von Bewohnerräten ausschließen lassen.

3. „Die völlige Kommunalisierung würde ferner dem Privatkapital jeden Anreiz und voraussichtlich sogar die Möglichkeit nehmen, in Neubauten zu investieren.“ Nicht nur würde es, so meint Dr. VOGEL, in volkswirtschaftlich unerwünschtem Ausmaß (und zwar vermehrt um die Enteignungsentschädigung) in andere Anlagebereiche drängen, sondern die Gemeinschaft wäre nicht imstande, den Ausfall an Privatkapital im Bausektor mit eigenen Mitteln auszugleichen.

4. „Schließlich würde die Kommunalisierung auch zu Entschädigungsmaßnahmen führen, die von den Gemeinden in überschaubaren Zeiträumen schlechterdings nicht aufgebracht werden könnten.“

3.11 Gegenargumente

Hier übersieht VOGEL drei Dinge. Einmal kann es sich sachgemäß ohnehin nicht um das umfassende Eigentum von Grund und Haus, sondern nur um Bodenwertanteil von Liegenschaften handeln, der lediglich 20 bis 50% des in solchen investierten Kapitals beträgt. Dann sind die von VOGEL erwähnten

„allerhöchstens 800.000 Bodeneigentümer“ zu einem großen Teil bei Banken verschuldet, werden doch die wenigsten in der Lage sein, Liegenschaftseigentum aus eigener Kraft zu erwerben. Ferner handelt es sich bei diesen „allerhöchstens 800.000“ zu einem nicht geringen Teil um sogenannte konventionelle Anleger wie Pensionskassen und Versicherungsgesellschaften, welche ihre Kapitalien gesetzshalber 'sicher' anlegen müssen. Wie die Privaten so müßte in gleicher Weise auch die bodenkommunalisierende Gemeinde die Kredithilfe des Bankensystems, das heißt der Sparer in Anspruch nehmen und in gleicher Weise auch 'die Bedienung' derselben (Verzinsung und Amortisation) leisten. Die 'Zeiträume' wären somit für die Gemeinden genau so überschaubar wie für die Privaten.

3.2 Realistische Reformvorschläge

„Eine realistische Reform muß demgegenüber eine Neuregelung des Bodenrechts anstreben, die die Gemeinschaft unmittelbar und umfassend an Bodenwertzuwachs und Bodenrente beteiligt und ihre Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Grundstücksnutzung verstärkt, und zwar beides in einem Maße, daß das ökonomische Prinzip nicht etwa aufgehoben, wohl aber in die Schranken verwiesen wird, in denen es der Gesellschaft nützt und sie nicht schädigt.“

Kurzfristig sei das Ziel nur in herkömmlicher Weise anzugehen, d.h. durch grundsätzliche Anerkennung des unbeschränkten und umfassenden Eigentums, welchem jedoch zusätzliche Bindungen und Verpflichtungen aufzulegen wären, um der in Art. 14 Abs. 2 GG* verankerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums vermehrt Beachtung zu verschaffen.

3.21 Erste Phase der Bodenrechtsreform

„In einer ersten Etappe müßte so das Bodeneigentum der Privilegien entkleidet werden, die heute die Geldanlage in Grundstücken und die Spekulation begünstigen und besonders verlockend erscheinen lassen. Zugleich müßten die öffentlich-rechtlichen Vollmachten der Gemeinden, die erwünschte Nutzung festzusetzen und zu verwirklichen, verstärkt und verfeinert werden.“

Zwecks Verfolgung dieser 'realistischen Ziele' hält VOGEL aus kommunaler Sicht folgende Maßnahmen für erforderlich:

* „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

1. Novellierung des Bundesbaugesetzes, die den Gemeinden generell die Befugnis zum Erlaß von Baumodernisierungs- und Abbruchverboten gibt und außerdem ihre Kompetenz, die Art und Weise der Nutzung von Grundstücken detailliert und differenziert zu regeln.

2. Eine Reform des Enteignungs- und Entschädigungsrechtes, bei der die Enteignung erleichtert, das Enteignungs- und das Entschädigungsverfahren voneinander getrennt und ein preislimitiertes Vorkaufsrecht eingeführt wird. Bei Ausübung dieses Rechts tritt an die Stelle des vereinbarten Kaufpreises der Betrag, der im Falle der Enteignung als Entschädigung zu gewähren wäre.

3. Der Planungswertausgleich als Gegenstück zur Planungsentschädigung. Der Grundstückseigentümer soll nicht nur Verluste, welche infolge von Umwidmung seines Grundstücks entstehen, auf die Gemeinde abwälzen können, sondern auch verpflichtet werden, ihm durch Umwidmung oder Höherzonung zufallende Wertsteigerungen dem Planungswertausgleich zuzuführen.

4. Es ist eine Bodenwertzuwachssteuer auf außergewöhnliche Wertsteigerungen zu erheben, welche nicht durch Umwidmung oder eigene Leistungen (z.B. Erschließungsbeiträge) herbeigeführt worden sind und über eine angemessene Verzinsung des im Boden investierten Kapitals hinausgehen. Diese Steuer soll auch auf noch nicht realisierten Gewinnen aus Bodenwerten erhoben werden, da die Beschränkung derselben auf realisierte Gewinne die Verkaufsneigung mindern und sich als zusätzliche Marktsperre auswirken würde.

5. Eine Reform der Bodenwertermittlung durch Übergang zur kontrollierten Selbsteinschätzung der Bodeneigentümer mit der Maßgabe, daß die so ermittelten Werte für alle Steuern, Abgaben und Entschädigungen, also auch für die Enteignungsentschädigung gelten.

Alle diese Maßnahmen bedürfen der Verfeinerung. Beispielsweise sollten Wohngrundstücke, deren Eigentümer nach bestehenden Vorschriften nur die Kostenmiete erheben dürfen, von der Bodenwertzuwachssteuer ganz ausgenommen bleiben. –

Diese sechs Maßnahmen würden nach Ansicht von VOGEL in der Lage sein, die bedrohlichsten Mißstände zu mildern, die der heutigen Bodenrechtsordnung entwachsen. Er erwartet von ihnen eine Verstärkung der Bodenpreisentwicklung, eine Rückbildung der leistungslosen Gewinne, einen verstärkten Einfluß der Gemeinden auf die Gemeinde- und Stadtentwicklung, einen gesicherten Gemeindeanteil an den durch ihre Leistungen hervorgerufenen Wertsteigerungen und schließlich eine zusätzliche Erfahrung bei der Steuerung der Bodennutzung.

3.22 Zweite Phase der Bodenrechtsreform

Diese Maßnahmen können die in Rede stehenden Mißstände aber vorerst wirklich nur mildern und noch nicht nachhaltiger lösen. Deshalb gilt es, sich darüberhinaus für eine zweite Phase der Bodenrechtsreform konkrete Gedanken zu machen.

Das Bodeneigentum soll nach wie vor nicht beseitigt, bloß neu definiert werden. „Und zwar in dem Sinne neu definiert, daß nicht mehr ein theoretisch unbeschränktes Eigentum einzelnen Bindungen und Pflichten unterworfen wird, sondern daß es schon von der Konzeption her nur die Rechte und Befugnisse umfaßt, die nicht im Widerspruch zur Sozialpflichtigkeit stehen. Anders ausgedrückt: Bisher wird das Grundeigentum durch eine Vielzahl von allgemeinen und besonderen Eingriffen mit unterschiedlichem Erfolg zurückgedrängt. Zwischen den Ritzen der Gesetze und Maßnahmen wächst es jedoch potentiell sofort wieder in den sozialwidrigen Bereich hinein. Künftig soll sich das Bodeneigentum als Institut unterhalb der Grenze der Sozialwidrigkeit bewegen. Zusätzliche Befugnisse und Rechte werden ihm dann nach Prüfung ihrer Sozialverträglichkeit und gegen entsprechende Entgelte auf Zeit verliehen.“

In seinen Grundzügen sieht ein solcherart geläuterter Eigentumsbegriff wie folgt aus:

- a) „Das bisherige Eigentum an Grund und Boden wird in ein Nutzungs- und in ein Verfügungseigentum aufgeteilt. Dieses Verfügungseigentum geht auf die Gemeinschaft über. Sie begründet an den Einzelflächen kündbares oder auch befristetes Nutzungseigentum durch Verträge, in denen über die Art der Nutzung, die Höhe des Nutzungsentgeltes und die Dauer des Nutzungseigentums Bestimmung getroffen wird. Falls Gesamtinteressen dem nicht entgegenstehen, ist das Nutzungsrecht im Wege der öffentlichen Ausschreibung zu vergeben.“
- b) Gebäude sind künftig nicht mehr wesentliche Bestandteile des Grundstücks. Sie sind – wie jetzt schon beim Erbbaurecht – selbständig eigentumsfähig.
- c) Gebäude stehen im Volleigentum ihrer jeweiligen Eigentümer und sind veräußerbar, verpfändbar und vererbbar. Der Rechtsnachfolger muß allerdings in das bestehende Nutzungseigentum mit seinen konkreten Festsetzungen eintreten.
- d) Der Zugang zum Nutzungseigentum ist einer möglichst großen Zahl von Bürgern zu eröffnen. Auch ist der Bürgerschaft eine öffentliche Kontrolle bei der Begründung und Ausgestaltung des Nutzungseigentums zu ermöglichen.
- e) Markt, Wettbewerb, Knappheitspreis und private Investitionsmöglichkeit bleiben für den Gebäudesektor in einem für die Gemeinschaft begrenzten

und steuerbaren und deshalb sinnvollen und nützlichen Umfang erhalten.

f) Die Verfügungsbefugnis gemäß Punkt a) ist im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Planung (Landesentwicklungspläne, Regionalpläne, Bauleitpläne) selbständig auszuüben.“

Sind solche Vorstellungen utopisch? Oder wäre es denkbar, daß sie sich praktisch verwirklichen ließen?

VOGEL sieht in seinem Modell eine breitgestreute Möglichkeit der Verbesserung der Lebensqualität der Bürger, indem die Gemeinden befähigt werden, einerseits die Nutzung jedes einzelnen Grundstücks bis ins Detail festzulegen und andererseits die Nutzungsentgelte sehr flexibel den laufend sich verändernden Verhältnissen bezüglich Wertzuwachs und Bodenrente anzupassen. Der Realisierung stehen keine unüberwindbaren Hindernisse im Weg:

- a) „Gemäß Art. 15 GG* kann der Übergang zum Nutzungseigentum und die Überführung des Verfügungseigentums an Grund und Boden auf die Gemeinschaft durch einfaches Gesetz vollzogen werden.“
- b) „Für eigengenutzte Eigenheime und Eigentumswohnungen, für Siedlerstellen und für den landwirtschaftlichen Bereich sind Sonderregelungen möglich.“
- c) Die Entschädigungen bleiben in erträglichen Grenzen, weil die Gebäude von der Überführung ausgenommen sind. Sie können auch in Form verzinslicher Wertpapiere oder Anteilsrechte geleistet werden. Dabei kommt auch die Verrechnung der Entschädigungsraten mit dem Nutzungsentgelt in Betracht.
- d) Der Realkredit bleibt unangetastet, weil ihm die Gebäude weiterhin als Pfandunterlage zur Verfügung stehen. Zum Ausgleich des aus der Haftung ausscheidenden Verfügungseigentums am Boden könnte die Gemeinschaft für die bestehenden Belastungen eine anteilige Ausfallbürgschaft gegenüber den Realkreditgebern übernehmen.
- e) Politisch fällt ins Gewicht, daß niemandem etwas weggenommen, keiner von dem vertrieben wird, was er heute inne hat. Jeder bleibt Volleigentümer seines Gebäudes und Nutzungseigentümer seines

* Art. 15 Sozialisierung: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Art. 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Bodens. Die Nutzungsentschädigung schlägt erst nach der Verrechnung mit der Entschädigung durch und ist für den Betroffenen im Vergleich zu den Geldleistungen, die er schon heute erbringt, nichts qualitativ Neues. Die Verfügungsbeschränkungen und die Beschränkungen hinsichtlich der Entscheidung über die Nutzung wirken erst für die Zukunft und treffen alle diejenigen, die ihr Eigentum langfristig selbst nutzen, überhaupt nicht."

VOGEL kommt aus diesen Überlegungen zum Schluß, daß – langfristig gesehen – die Realisierungsmöglichkeiten ohne weiteres gegeben sind. Nach ihm sind die skizzierten Bodenrechtsreform-Vorschläge nicht Ausfluß einer Ideologie, einer absoluten Wahrheit – d.h. sie erheben keinen Anspruch, alle Mängel unserer Gesellschaftsordnung zu beheben. Vielmehr wollen sie erkannte Mängel durch realisierbare Maßnahmen beseitigen, um dadurch der überwiegenden Mehrzahl des Volkes das Leben erträglicher zu machen, um die Lebensqualität zu steigern, indem die Privilegien Weniger abgebaut werden.

„Die Zeit, das zu tun, drängt: sie rinnt uns aus den Händen. Sonst wird unser System sozialen Sprengstoff produzieren und die Fanatiker werden nicht zögern, ihn zu benutzen. Darum bleibt der Menschlichkeit und Freiheit zwischen Selbstzerstörung und Diktatur der Weg der Reform.“

H.J. VOGEL

Diese Überlegungen von Hans-Jochen VOGEL entsprechen übrigens fast aufs Jota genau den „Modellvorstellungen zur Bodenrechtsreform“, welche die „Schweizerische Gesellschaft für ein neues Bodenrecht“ in den Jahren 1976-77 erarbeitet und 1978 der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Sie sind auch Gegenstand der von dieser Gesellschaft herausgegebenen „Blätter für ein neues Bodenrecht“.

4 Von der Idee zur Wirklichkeit?

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Kiel, auf dem die Wahl VOGELs zum Kanzlerkandidaten erfolgte, stand unter dem Motto: 'Aufbruch nach vorn'. Hoffentlich wird hieraus – sofern sich

VOGEL gegen den derzeitigen Bundeskanzler KOHL durchsetzen kann – auch ein Aufbruch nach vorn zu einer Reform des Bodenrechts. Es wäre jedenfalls eine dankbare Aufgabe für VOGEL, seine Ideen von einem sozialpflichtigen Bodeneigentum in die Wirklichkeit umzusetzen und damit in diesem Bereich die Privilegien Weniger abzubauen zugunsten einer verbesserten Lebensqualität vieler.

BRIEFE

Im Vorspann zu dem Aufsatz „Vor einer Privatisierung des Lernens?“ in der Folge 55, S. 6, dieser Zeitschrift hatten wir erwähnt, daß vor wenigen Monaten in Herdecke/Witten die erste deutsche private Hochschule gegründet worden sei. Dazu wird uns geschrieben:

Der Anspruch, unter den derzeitigen deutschen Hochschulen die erste private Hochschule zu sein, gebührt der „Katholischen Universität Eichstätt“ in Bayern, die aus einer bereits seit 1564 bestehenden Philosophisch-Theologischen Hochschule entstanden ist.

Eine 1958 errichtete Pädagogische Hochschule sowie neugeschaffene Fachhochschulstudiengänge wurden 1972 zu einer Gesamthochschule vereinigt. Träger ist eine von den Bayrischen Bischöfen errichtete Kirchliche Stiftung öffentlichen Rechts.

Die Eichstätter Hochschule ist den staatlichen Universitäten rechtlich gleichgestellt, aber nicht dem dort üblichen Vergabeverfahren von Studienplätzen unterworfen. Auch ist das Studium nicht an eine bestimmte Konfession gebunden. Seit 1979 wird die Hochschule zu einer Universität ausgebaut.

Die Zahl der Studierenden soll nicht über 3.000 ansteigen, damit der einzelne Student sich nicht in der anonymen Masse verliert.

Anfragen können gerichtet werden an die Studentenzentrale und Zentrale Studienberatung der Eichstätter Hochschule, Ostenstr. 26, 8078 Eichstätt.

Tristan ABROMEIT

Technologisches Patt oder ökonomisches Patt?

In der 55. Folge der „Zeitschrift für Sozialökonomie-mtg“ wurde in der Besprechung des Buches von Josef HUBER „Die verlorene Unschuld der Ökologie“ (vgl. S. 31/32) die These von SCHUMPETER und MENSCH angezweifelt, daß Konjunkturschwankungen vornehmlich technologische Ursachen hätten. Anhand der Veröffentlichung von Gerhard MENSCH „Das technologische Patt – Innovationen überwinden die Depression“ (Frankfurt 1977) gehen wir im folgenden Beitrag diesem Problem nochmals nach. Die Seitenangaben der Zitate beziehen sich auf das genannte Buch von MENSCH.

Die Redaktion

Übersicht

- 1 These: Stagnation = technologisches Patt
 - 1.1 Zu wenig Innovationen
 - 1.2 Mangelnder Wissenstransfer zwischen Naturwissenschaften und Industrie
 - 1.3 Staatliche Technologiepolitik als Garant einer krisenfesten Wirtschaft
- 2 Gegenthese: Stagnation = ökonomisches Patt
 - 2.1 Ursachen der Instabilität kapitalistischer Marktwirtschaften
 - 2.2 Ein alternatives Instrument der Stabilitätspolitik

1 These: Stagnation = technologisches Patt

Gerhard MENSCH vertritt die SCHUMPETERSche These, daß fehlende technologische Innovationen für die wirtschaftliche Talfahrt verantwortlich seien. Die Stagnation hätte demnach keine ökonomischen Ursachen, sondern außerökonomische technologische Wurzeln. Daraus folgt die im Untertitel seines Buches zum Ausdruck gebrachte Erwartung, daß neue Innovationen die Depression überwinden könnten. (vgl. auch S. 92) Man müsse die Entwicklung neuer Technologien und ihre wirtschaftliche Anwendung fördern – dann bekomme das Kapital neue Anlagemöglichkeiten und die Arbeitslosen erhalten wieder eine Beschäftigung. Das ist, auf eine Kurzformel gebracht, der Kern der Überlegungen von Gerhard MENSCH.

1.1 Zu wenig Innovationen

Will man diesen Gedankengang aufrechterhalten, muß zunächst der Beweis für den behaupteten Mangel an Innovationen erbracht werden. Gibt es also auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Forschungen gewissermaßen magere und fette Jahre? Besteht in der derzeitigen Krise ein Mangel an naturwissenschaftlicher Kreativität?

MENSCH beantwortet die Frage wider Erwarten mit einem klaren 'nein'. „In den Zeiten des Innovationsmangels gibt es das Paradox der ungenutzten Technologien; es gibt sehr viele Innovationsmöglichkeiten.“ (S. 180/183)

Damit führt sich die Argumentation von SCHUMPETER und MENSCH eigentlich schon von selbst ad absurdum. Wieso sollten wir uns derzeit in einem technologischen Patt befinden, wenn doch viele ungenutzte technologische Innovationen vorhanden sind? Aus dieser Schlinge versucht sich MENSCH zu ziehen, indem er Gründe für die Nichtanwendung dieser Technologien sucht.

1.2 Mangelnder Wissenstransfer zwischen Naturwissenschaften und Industrie

Daß neue Technologien zwar vorhanden sind, aber nicht angewendet werden, liegt nach MENSCH an einem mangelhaften Transfer des Wissens aus dem Bereich der naturwissenschaftlichen Forschung in den Bereich der Industrie. Die Informationen über technologische Neuheiten gelangen also nicht schnell genug an die Industriellen, so daß sich die Situation für sie immer noch objektiv als Innovationsmangel darstelle. Wenn man bedenkt, wie stark die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung auf die Interessen der (Groß-) Industrie ausgerichtet sind, muß dieses Argument allerdings Verwunderung auslösen.

Außerdem macht MENSCH den Markt für die „Fehlsteuerung des Wissenstransfers“ verantwortlich: „Der Marktmechanismus ... hat Schwächen, wenn es darauf ankommt, die Innovationsmöglichkeiten aus dem Forschungssektor heraus und danach dahin zu bringen, wo der Innovationsbedarf am höchsten ist.“ (S. 167 und 184)

Auch dieses Argument kann in keiner Weise überzeugen, denn es beruht auf einer völligen Verkennung der Rolle des Marktes. Der Markt ist ein Instrument zur Koordination von Angebot und Nachfrage und kein Instrument des Wissenstransfers. Die wissenschaftliche Forschung ist dem Markt gewissermaßen vorgelagert, und es ist die Aufgabe von wissenschaftlichen Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, für die Belieferung des Marktes mit Informationen über technologische Neuerungen zu sorgen. Abgesehen davon findet ja ein großer Teil der Forschung und Entwicklung nicht in den Instituten der Universitäten statt, sondern in eigenen Forschungsabteilungen der Industrieunternehmen. Schon allein deshalb wird sich die Behauptung einer mangelnden Informiertheit der Industrie als Ursache fehlender Innovationen und damit als Grund der Krise nicht aufrecht erhalten lassen. Dennoch zieht *MENSCH* aus ihr weitreichende wirtschaftspolitische Folgerungen.

1.3 Staatliche Technologiepolitik als Garant einer krisenfreien Wirtschaft

Da es aufgrund des unzureichenden Informationsflusses zwischen Forschung und Industrie zu einer unternehmerischen „Unbeweglichkeit der Wirtschaftskapitäne“ komme (S. 186), müsse der Staat auf politischem Wege für eine bessere Übermittlung von Informationen über technologische Neuheiten sorgen. Er soll durch eine stetige Weitergabe von solchen Informationen an die Industrie dafür sorgen, daß ruckartige Innovationsschübe vermieden und der Konjunkturverlauf verstetigt werden: „Hier hilft nur rechtzeitige Vorsorge, die der Markt nicht leisten kann.“ (S. 215) Von der Vorschau des allweisen Staates erhofft sich *MENSCH* also eine „Heilung der Marktwirtschaft von der leidigen Krisensucht.“ (S. 222)

Eine große Bedeutung mißt er dabei übrigens auch einer Reform des Patentrechts bei, da es in seiner bestehenden Form „monopolistische Technologierenten“ ermöglicht, zur „Sozialisierung der Forschungskosten“ sowie zur „Privatisierung der Innovationsgewinne“ führt und es zuweilen verhindert, daß technische Neuerungen genutzt werden. (S. 227 ff)

Diese Forderung nach einer Reform des Patentrechts ist für sich genommen ganz sicher berechtigt. Es ist aber fraglich, ob sie als eine in dem hier in Rede stehenden Zusammenhang ausreichende Maßnahme angesehen werden kann. Es ist außerdem auch sehr zweifelhaft, ob die von *MENSCH* gegebene Analyse der Ursachen der Wirtschaftskrise zutrifft und ob seine wirtschaftspolitischen Vorschläge zur Erlangung einer krisenfreien Wirtschaft geeignet sind.

2 Gegenthese: Stagnation = ökonomisches Patt

Die These von den außerökonomischen technologischen Ursachen der Stagnation ist ganz offensichtlich auf Sand gebaut. Sie ist darum unhaltbar und führt auch zu verfehlten wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Sie eignet sich allenfalls als Mittel zur Ablenkung von den eigentlichen ökonomischen Ursachen der Wirtschaftskrise. Insofern ist sie ein niveauvollere Nachahre der früher auch schon einmal allen Ernstes vertretenen 'Theorie', nach der Wirtschaftskrisen als Folgen von Schwankungen der Sonnenfleckenaktivitäten galten.

2.1 Ursachen der Instabilität kapitalistischer Marktwirtschaften

Die Zeiten, in denen die Krisenursachen außerhalb der Wirtschaft gesucht wurden, sind aber in der Ökonomie längst vorüber. Und auch *MENSCH* ist an zwei Stellen über innerökonomische Gründe der Stagnation gestolpert, ohne daß seine Gedankengänge jedoch dadurch zu Fall gebracht wurden. Und zwar berührte er sie mit der Feststellung, daß in der Krise zwar „Kapital ... in rauen Mengen vorhanden (ist).“ Aber die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft ist schwach, weil, „... die riesigen Kapitalmengen ... keine lohnende Investitionsmöglichkeit (finden).“ (S. 40 und 188)

Im Verlaufe der Aufschwung- und Hochkonjunkturphasen ist soviel betriebliches Sachkapital produziert worden, daß seine Knappheit abnimmt und infolgedessen seine Rentabilität (in *KEYNES*scher Sprache: seine Grenzleistungsfähigkeit) zurückgeht. Die vorhandenen 'rauen Mengen' von Geldkapital können deshalb keine rentablen Anlagemöglichkeiten mehr finden, bei denen sich die ebenfalls in großem Umfang vorhandenen technischen Neuerungen einführen ließen. Um einen noch weiteren Rückgang der betrieblichen Rentabilität zu verhindern, werden Investitionen vorläufig unterlassen, bis mit erneuten Knappheiten auch wieder günstigere Kapitalverwertungsbedingungen entstehen. Aufgrund von Gefahren für seine Rentabilität wird also Kapital zeitweilig stillgelegt. An der empfindlichsten Stelle des Wirtschaftskreislaufs – der Investitionsgüternachfrage – entsteht eine Nachfragerücke. Dieser Nachfrageausfall stellt eine Unterbrechung des Wirtschaftskreislaufs dar, die die bekannten Phänomene der Absatzstockungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nach sich zieht.

Die 'Wirtschaftskapitäne' sind mithin nicht aufgrund mangelnder Informationen über technologische Neuheiten 'unbeweglich' – wie *MENSCH* meint –, sondern weil ihnen die Aussichten auf die

gewünschte Sachkapitalrentabilität fehlen. Dementsprechend stellt die Stagnationskrise der kapitalistischen Marktwirtschaft auch kein 'technologisches Patt' dar, sondern (sofern der Begriff Patt hier überhaupt angebracht ist) eher ein ökonomisches Patt.

2.2 Ein alternatives Instrument der Stabilitätspolitik

Gegenüber einem solchen ökonomischen Patt muß die von MENSCH geforderte staatliche Forschungs- und Technologiepolitik versagen. Ob der Staat nun versucht, auf den technischen Fortschritt und den Informationsfluß zwischen Forschern und Industriellen Einfluß zu nehmen oder nicht – es ändert nichts an dem Vorrang der Rentabilitätsinteressen, die das Kapital in kapitalistischen Marktwirtschaften genießt, und an den damit untrennbar verbundenen Schwankungen der Grenzleistungsfähigkeit des betrieblichen Sachkapitals.

Es ist erstens die Frage, ob der Staat überhaupt in der Lage ist, die ihm von MENSCH übertragene Aufgabe zu erfüllen. Und es ist zweitens auch die Frage, ob es Aufgabe des Staates sein soll, dem Kapital durch eine Forschungs- und Technologiepolitik immer wieder neue rentable Anlagemöglichkeiten als Fanggründe zu erschließen, in denen es sich dann von den Arbeitenden – wie man so sagt – 'angemessen bedienen' lassen kann. Umgekehrt sollte es vielmehr Aufgabe des Staates sein, im Interesse der Allgemeinheit Mittel und Wege zu suchen, mit denen das Kapital nicht nur durch steuerliche Anreize und dergleichen aus der Reserve gelockt, sondern mit denen es veranlaßt werden könnte, den Arbeitenden auch dann noch zu dienen, wenn seine Rentabilitätsinteressen dabei nicht mehr berücksichtigt werden.

Ein in der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ bereits mehrfach vorgeschlagenes Mittel zur Überwindung des ökonomischen Patt wäre eine Sicherung des Geldumlaufs durch die Erhebung einer Strafgebühr für stillgelegtes Geld (-kapital). Durch sie würde gewährleistet, daß die zwar vorhandenen, aber ungenutzten 'rauen Mengen von Kapital' auch dann als Investitionsgüternachfrage am Markt auftreten müssen, wenn durch fortlaufendes Investieren das Angebot an Sachkapital weiterhin vermehrt wird, seine Rentabilität (Grenzleistungsfähigkeit) gegen Null tendiert und die kapitalistische Marktwirtschaft damit langsam in eine 'Marktwirtschaft ohne Kapitalismus' übergeht. Da keine Nachfragerlücken mehr entstehen könnten, bliebe der Wirtschaftskreislauf geschlossen und das Phänomen der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit gehörte der Vergangenheit an.

Übrigens würden unter diesen Umständen auch alle diejenigen Techniken der sanften und dezentralen Energiegewinnung wirtschaftlich, die bislang immer als unrentabel galten.

Und wenn dann auch noch die Menge des umlaufgesicherten Geldes an das jeweilige Gütervolumen fortwährend angepaßt würde, wären die Schwankungen der Kaufkraft des Geldes ebenfalls Vergangenheit.

Wenn auf diese Weise der Umlauf des Geldes gewährleistet und auch seine Menge richtig dosiert wird, erlangt die Wirtschaft eine Stabilität, die vom Vorhandensein oder Ausbleiben technologischer Innovationen unabhängig ist. Egal, ob ein Schub von Innovationen auftritt oder nicht, ob der technische Fortschritt vom Staat beeinflußt wird oder nicht – die Stabilität bleibt unter der Bedingung, daß ihre monetären Voraussetzungen erfüllt sind, gewahrt; es vergrößert oder verkleinert sich nur der Umfang der Produktion. Diese Änderungen sind dann aber keine langen konjunkturellen Wellen im Sinne von SCHUMPETER mehr, sondern konjunkturneutrale technologische Wellen.

BÜCHER

Pierre KREBS

Das unvergängliche Erbe – Alternativen zum Prinzip der Gleichheit

Grabert Verlag, Tübingen 1981, 490 S., 39,00 DM

Nach dem Wahlsieg der französischen Linken ist vielfach ein schiefes Bild von der politischen Situation in Frankreich entstanden. Im Schatten der Linken ist in den letzten Jahren jedoch auch eine einflußreiche „Neue Rechte“ herangewachsen. Sie beruft sich auf eine ganze Galerie geistiger Ahnen: Friedrich NIETZSCHE, Oswald SPENGLER, Vilfredo PARETO, Georges SOREL, Werner SOMBART, den NS-Juristen Carl SCHMITT, Arnold GEHLEN und Helmut SCHELSKY, Julius EVOLA und Konrad LORENZ. Sie versucht aber auch, ganz anders Denkende wie Pierre Joseph PROUDHON und Bertrand RUSSELL vor ihren Wagen zu spannen, die sich dagegen wohl heftig gesträubt haben dürften.

Organisatorisch ist die französische Neue Rechte in der G.R.E.C.E. zusammengeschlossen. Sie hat in dem Thule-Seminar einen deutschen Ableger ausgebildet, der auch die Veröffentlichung dieses von KREBS (dem Chefideologen der G.R.E.C.E.) herausgegebenen Buches besorgt hat.

In einem programmatischen Anhang umreißt *KREBS* die allgemeinen Zielvorstellungen des Thule-Seminars. In ihrem Mittelpunkt stehen die Kritik an der bestehenden „durchmerkantilisierten Gesellschaft“ und die Bemühung um „eine Alternative zu den kollektivistisch-totalitären und kapitalistisch-liberalen Systemen.“ (S.417)

Die Ursachen für die 'Durchmerkantilisierung' der Gesellschaft sucht *KREBS* in einem eigenen Beitrag über den „Organischen Staat“ in Anlehnung an *NIETZSCHE*, *EVOLA* und den Dichter *SAINTE-EXUPÉRY* in den philosophischen Prämissen des klassischen Liberalismus, insbesondere in seiner individualistischen Grundhaltung und seinem 'egalitären Mythos'. Er empfindet einen unbändigen Haß gegen die Losung der französischen Revolution; vornehmlich auf das Gleichheitspostulat werden alle Mißstände der Neuzeit zurückgeführt: die Vereinzelung und Vereinheitlichung des Menschen, die Standardisierung seiner Kleidung und Wohnung sowie sein Einbau als anonymes Rädchen in eine mechanische Massenproduktion.

Der Liberalismus wird in dieser verblendeten Sichtweise zu einer „dekadenten Lehre“ und mit einem Wort *NIETZSCHE*s als Ideologie der „Herden-Vertierung“ des Menschen denunziert, ebenso wie im politischen Bereich die Demokratie (S.133/34). Auf dem Boden einer solch dürrtigen Bestimmung der Ursachen der Entwürdigung des Menschen im Kapitalismus (und Kommunismus) gedeiht bei *KREBS* dann die Vorstellung einer „organischen Staatsform, einer pyramidenförmigen Struktur, die von einer zu oberst befindlichen aristokratischen Einheit regiert wird.“ (S. 160) Die Menschen sind ihm zufolge nämlich nicht gleich, sondern verschieden; einige wenige seien durch ihre „Rasse des Geistes“ (*EVOLA*) dazu bestimmt, eine Elite zu bilden und die hierarchisch strukturierte Gesellschaft zu führen; und die übrigen Menschen seien gern (!) bereit, sich in freundschaftlicher Hochachtung vor der Überlegenheit der Eliten von diesen führen zu lassen.

Wie die Wirtschaft in einem solchen 'organischen Staat' aussehen soll, beschreibt der als Wirtschaftsexperte der G.R.E.C.E. geltende Guillaume *FAYE* in einem Beitrag „Von der Konsumgesellschaft zur organischen Wirtschaft“ (S.257-272). Seine Vorstellungen sind indessen genauso verschwommen wie der Universalismus Othmar *SPANN*s oder das Ideengemisch des Nationalsozialismus. Überhaupt ähneln sich diese drei Richtungen in ihren Grundmustern; es wäre aber falsch, die Neue Rechte mit dem Universalismus oder Nationalsozialismus in einen Topf zu werfen, denn neben vielen Gemeinsamkeiten gibt es zwischen ihnen auch eine ganze Reihe von Unterschieden.

Nach *FAYE* soll die Wirtschaft nicht mehr das gesamte Leben beherrschen, sondern den Interessen der Nation untergeordnet werden. Dies geschieht,

indem eine „Wirtschaftsaristokratie“ gemäß ihrem „wirtschaftlichen Nationalismus“ als oberstem Wertmaßstab das Wirtschaftsleben für einen Zeitraum von 10-15 Jahren vorausplant und nach diesem Plan eine „vernünftige“, d.h. im Gegensatz zu den Grundsätzen des Liberalismus stehende Wirtschaftspolitik betreibt. *FAYE* will sie aber nicht nur in einem einzelnen Land wie Frankreich oder Deutschland einführen, sondern gleich in der gesamten Europäischen Gemeinschaft. Die EG soll sich erstens von den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten unabhängig machen und in einen „halbautarken, durch wirksame Zollschranken abgegrenzten Wirtschaftsraum“ verwandelt werden. Zweitens soll Europa den „Rückzug aus dem internationalen Währungssystem und dem Weltwährungsfonds“ antreten.

Geflissentlich übersieht *FAYE* die Verschärfung der weltpolitischen Spannungen, die sich aus einer Abschottung Europas gegen die übrige Welt zwangsläufig ergeben müssen. Und er verliert auch kein Wort darüber, wie die „Rückgewinnung der europäischen Währungsunabhängigkeit“ erfolgen soll. -

Diese freiheits- und demokratiefeindlichen Vorstellungen der neuen Rechten beruhen letztlich auf zwei elementaren Denkfehlern: Der erste besteht in dem Irrtum, der Liberalismus habe die individuellen Unterschiede zwischen Menschen und Völkern mißachtet. Er habe ihre genetische Gleichheit propagiert und damit den Weg geebnet für ihre Gleichmachung in uniformierter Kleidung, Mietskasernen und standardisiertem Massenkonsum sowie für ihre geistige Gleichschaltung durch die Massenmedien.

Die Verschiedenheit der Menschen ist jedoch völlig unbestritten, ebenso die Notwendigkeit eigenständiger kultureller Identitäten der Völker, worauf in den letzten Jahren besonders die vielen regionalistischen Bewegungen hingewiesen haben. Sie ist aber noch lange kein Argument für die Behauptung, daß eine Minderheit von Menschen von Natur aus für eine führende Elite auserwählt und die übrige Gesellschaft zum folgenden Untertan geboren sei. Es ist deshalb sehr bedauerlich, daß eine ganze Reihe von Genetikern, Verhaltensforschern, Biologen und Psychologen ihre Forschungen über Unterschiede zwischen den Menschen in den Dienst elitärer und letzten Endes auch totalitärer Ideologien stellen.

Dem Liberalismus ging es ursprünglich überhaupt nicht um eine Vereinheitlichung der Menschen, sondern allein um ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung im Sinne einer Abwesenheit von Privilegien. Daß dennoch eine Tendenz zur Einebnung der Unterschiede zwischen den Menschen und Völkern entstand, liegt nicht an der liberalen Forderung nach Gleichberechtigung, sondern vielmehr an der Existenz kapitalistischer Privilegien, die im direkten

Widerspruch zur liberalen Gedankenwelt stehen.

Die Gleichsetzung von Liberalismus und Kapitalismus ist der zweite große Fehler der Neuen Rechten, der im übrigen auch auf Seiten der Linken anzutreffen ist. Sie ist ein gedanklicher Kurzschluß, der bislang fast alle Kritiker des Kapitalismus zu dem Fehler verleitete, mit dem kapitalistischen Bad auch das liberale Kind wieder auszuschütten. Er führte sie damit entweder in die Sackgasse totalitärer Herrschaftssysteme wie Universalismus, Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus – die allesamt den Einzelnen dem Ganzen bedingungslos unterordnen, oder auf den Irrweg gemischtwirtschaftlicher Systeme wie der Sozialdemokratie, die dem Einzelnen nur einen gewissen Spielraum innerhalb des Ganzen lassen ('so viel Markt wie möglich, so viel Planung wie nötig').

Wenn die Neue Rechte und andere gegen den Kapitalismus gerichteten Strömungen ihren antiliberalen Irrwegen und Sackgassen entkommen wollen, müssen sie sich des grundlegenden Unterschieds zwischen Liberalismus und Kapitalismus bewußt werden.

Der liberalen Gedankenwelt hätte eine herrschaftsfreie, sich dezentral selbsttätig regelnde und stabilisierende Marktwirtschaft mit folgenden Merkmalen entsprochen:

- bedarfsorientierte Produktion in kleineren und mittleren Unternehmen mit Hilfe mittlerer Technologien,
- Geld als dienendes Tauschmittel,
- Tauschbeziehungen als "ökonomische Wahlverwandtschaften" (PROUDHON) zwischen freien Individuen, die über zwischenmenschliche Bindungen verfügen und neben der Wirtschaft eine vielfältige Kultur pflegen.

Daß dieses Modell nicht verwirklicht wurde, liegt an der Existenz zunächst vielleicht übersehener oder in ihrer Gefährlichkeit nicht erkannter Privilegien von Boden und Geldkapital, durch die der Markt monopolistisch verfälscht wurde und seine Selbstregelungsfähigkeit einbüßte. Unter diesen Umständen ist das Geld nicht mehr nur dienendes Tauschmittel, sondern auch ein zinstragendes Herrschaftsinstrument zur Anhäufung von großen Vermögen. Die Rentabilitätsinteressen des Kapitals erhalten den Vorrang vor allen anderen Lebensinteressen: die Produktion orientiert sich nicht mehr allein am Bedarf, sondern in erster Linie am Kapitalertrag. Sie findet nicht in kleineren und mittleren Unternehmen statt, sondern vorwiegend in Großbetrieben und unter Anwendung von Großtechnologien. Auf diese rentable Massenproduktion, in der der Einzelne nur ein anonymes Rädchen ist, folgt ein normierter Massenkonsum, der auch das Leben außerhalb der Arbeitswelt uniformiert. Das Kapital

kennt in seinem unablässigen Drang nach Vermehrung keinen Respekt vor individuellen Besonderheiten und verschiedenen kulturellen Identitäten der Völker. Indem es alles nur mit der Einheitselle seines Rentabilitätsinteresses mißt, hobelt es alle besonderen Ausdrucksformen des Lebens wie Späne ab, bis schließlich nurmehr das Skelett eines zu zwischenmenschlicher Bindung und Kultur unfähig gewordenen Normalverbrauchers übrigbleibt.

Wenn dieser ganz entscheidende Unterschied zwischen Liberalismus und Kapitalismus sichtbar wird, rückt auch die Überlegung näher, die kapitalistischen Privilegien abzubauen und damit ihre negativen Folgen für die menschliche Gesellschaft zu vermeiden, ohne dabei zugleich die Errungenschaften des Liberalismus wieder preiszugeben. Mit einer 'Marktwirtschaft ohne Kapitalismus' könnte sich eine im Vergleich zum 'organischen Staat' der Neuen Rechten viel bessere Alternative zu den in West und Ost bestehenden Systemen finden lassen. Sie könnte auch den Glauben an Eliten und Hierarchien als vermeintlich „unvergängliches Erbe“ der Neuen Rechten erschüttern und überwinden.

—WO—

Rudolf BAHRO

Wahnsinn mit Methode – Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion u. die DKP

Verlag Olle & Wolter, Berlin 1982, 144 S., DM 9,80

In seiner 'Alternative' hatte BAHRO noch die Ansicht vertreten, daß die dritte Welt den kapitalistischen Metropolen auf ihrem Weg der Industrialisierung folgen und die große Kapitalakkumulation nachholen müßte, die MARX einst als historische Mission des Kapitalismus angesehen hatte. Diese Ansicht hat er mittlerweile gründlich revidiert. Die Industrialisierung der ganzen Welt erscheint ihm nunmehr als ein Wahnsinn, den es mit aller Kraft abzuwenden gilt. Stattdessen muß jetzt das „Problem der Umkehr in den Metropolen“ (S.5) unbedingt gelöst werden.

Auch das alte materialistische Basis-Überbau-Schema hat BAHRO weit hinter sich gelassen, wie sein Hinweis auf die sich gegenwärtig vollziehende „anthropologische Revolution“ zeigt. In ihr kehrt nach den Jahrhunderten der Selbstvergötterung des Menschen eine „religiöse Dimension“ wieder als „rettende Kraft“ (S.30/31), als Quelle der geistigen Energien, die für die Umkehr in den Metropolen notwendig sind. –

BAHROs nähere Vorstellungen über diese Umkehr – besonders seine Position der Fundamentalopposition – wirken dagegen noch unbefriedigend. Sie

bestehen zum einen aus einer Weigerung, sich von den herrschenden Institutionen vereinnahmen zu lassen (zum Beispiel Konsumverweigerung, Kriegsdienstverweigerung), und zum anderen im Streben nach Obstruktion, d.h. Sand in das Getriebe der zerstörerischen Industriemaschinerie zu streuen, etwa durch gewaltlosen Widerstand gegen die Stationierung neuer Waffensysteme, gegen den Bau von Atomkraftwerken, Flugplätzen und Autobahnen.

Die ökologische Bewegung hat nach *BAHRO* also die Aufgabe, mit einer „Antiinvestitionsstrategie“ (S.28) nach der Notbremse zu greifen und den rasenden Zug der Industrialisierung noch kurz vor seinem Sturz in den Abgrund zu stoppen. Darüberhinaus sei es aber nicht ihre Sache, „detaillierte Rezepte“ für einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Im übrigen gebe es ohnehin... innerhalb der bestehenden Institutionen keinen archimedischen Punkt..., um auch nur den Kurs ein wenig zu ändern.“ (S.33 ff)

Gerade die letzte Behauptung läßt eigentlich nur den Schluß zu, daß die Große Maschine unwandelbar sei und deshalb völlig demontiert werden müsse. Und tatsächlich vermag sich *BAHRO* auch vorzustellen, daß „...man die internationale und sogar die nationale Arbeitsteilung... weitgehend aufhebt und selbstversorgende Einheiten konstituiert.“ (S.14) Dieser Vorstellung wird man allerdings kaum folgen können. –

Ohne jeden Zweifel ist es notwendig, daß sich eine große Anzahl von Menschen weigert, gemäß den Normen des Industriesystems zu funktionieren. Die Umkehr in den Metropolen muß im einzelnen Menschen beginnen und in ihm Wurzeln schlagen; sie darf sich nicht allein in der Veränderung von Institutionen erschöpfen. Und ebenso notwendig ist es, mit gewaltfreien Mitteln Widerstand zu leisten gegen das fahrlässige und verantwortungslose Handeln von Technokraten, die auf illusionäre Durchbrecherstrategien setzen.

Aber das allein genügt nicht. Ein Zug ist nur eine Maschine, die man durch Betätigung der Notbremse

„Wie müßte unsere Marktwirtschaft aussehen, wenn der Markt wirklich Ordnungsfaktor wäre und sich vom kapitalistischen Catch-as-catch-can befreit hätte?“

Aus: Hans A. PESTALOZZI, Nach uns die Zukunft – von der politischen Subversion, Bern 1979, S. 60.

zum Stillstand und nach einer Umstellung von Weichen wieder in Gang bringen kann. Aber in der Wirtschaft kann man nicht erst die Notbremse ziehen und dann überlegen, wie es weitergehen soll. Wenn ihre Fahrtrichtung geändert werden soll, bedarf es doch eines vorherigen Nachdenkens über ein detailliertes Rezept für einen gleitenden Übergang von der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Wirtschaft und ebenfalls der Kenntnisse von 'archimedischen Punkten', an denen Kurskorrekturen ansetzen können. Warum sollte es solche Punkte nicht geben? Zwei ganz wichtige Ansatzpunkte für Veränderungen seien hier nur kurz genannt: Erstens das bestehende Bodenrecht, das – wie *BINSWANGER* es einmal ausdrückte – den Geldwert des Bodens über seinen Naturalwert stellt und dadurch zur umweltwidrigen Nutzung des Bodens verleitet. Und zweitens die bestehende Geldverfassung, die es zuläßt, daß das durch Zins und Zinseszins exponentiell anwachsende Geldkapital eine ungehemmte Akkumulation von Sachkapital antreibt.

*BAHRO*s derzeitiger politökonomischer Skeptizismus ist aber möglicherweise eine vorläufige Reaktion auf früher von ihm vertretene gegenteilige Auffassungen. Vielleicht erweist er sich in einigen Jahren noch einmal rückblickend als ein Durchgangsstadium zu späteren Ansichten. Sie scheinen schon keimhaft in diesem Buch angelegt zu sein, denn es enthält auch den Hinweis auf die Notwendigkeit, die Politische Ökonomie unter dem Primat der Ökologie umzuschreiben.

—wo—

Die Autoren der Beiträge:

Prof.Dr. Hans Chr. *BINSWANGER*
c/o Hochschule für Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften
CH-9000 St. Gallen

Hans *HOFFMANN*, Bodenacker 30
CH-3065 Bollingen b/Bern

Josef *HÜWE*, Unter den Eichen 105
D-1000 Berlin 45

Werner *ONKEN*, Seilerweg 11
D-2930 Varel 1

Johann Christian *WILKEN*
c/o Redaktion der „Zeitschrift für Sozialökonomie“

Internationaler Wirtschaftspolitischer Kongreß

vom 12.–15. Mai 1983 in Wörgl/Tirol

veranstaltet von der

INWO Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung und der Stadt Wörgl/Tirol

aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr des erfolgreichen und international beachteten Freigeldversuchs im Jahre 1933 in Wörgl/Tirol.

Der Kongreß findet statt unter Teilnahme namhafter Referenten aus Wissenschaft und Bankwesen, sowie aus dem Mittelstand und der Freiwirtschaftlichen Bewegung.

Fordern sie eine Einladung zu dem Kongreß mit ausführlichem Tagungsprogramm und Mitteilung der Anmeldeformalitäten an von

**Sozialwissenschaftliche Gesellschaft
Postfach 1550
D-3410 Northeim 1**

Mitglieder der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. erhalten eine Einladung unaufgefordert.

Internationaler Wirtschaftspolitischer Kongreß

vom 12.–15. Mai 1983 in Wörgl/Tirol

veranstaltet von der

INWO Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung und der Stadt Wörgl/Tirol

aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr des erfolgreichen und international beachteten Freigeldversuchs im Jahre 1933 in Wörgl/Tirol.

Der Kongreß findet statt unter Teilnahme namhafter Referenten aus Wissenschaft und Bankwesen, sowie aus dem Mittelstand und der Freiwirtschaftlichen Bewegung.

Fordern sie eine Einladung zu dem Kongreß mit ausführlichem Tagungsprogramm und Mitteilung der Anmeldeformalitäten an von

**Sozialwissenschaftliche Gesellschaft
Postfach 1550
D-3410 Northeim 1**

Mitglieder der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. erhalten eine Einladung unaufgefordert.

**Soeben
erschienen:**

Inhaltsverzeichnis
der
zeitschrift für sozialökonomie

mtg - Folge 1 - 51 / 1964 - 1981

- Übersicht der Sachgebiete nach DK
- Sachverzeichnis
- Autorenverzeichnis

Die „zeitschrift für sozialökonomie - mtg“ vertritt

- eine *konsequente* Marktwirtschaft, die zur Vollbeschäftigung führt und
- einen *konsequenten* Monetarismus, der zur „absoluten Währung“, d.h. zur Geldwertstabilität führt.

Sie macht dem staatlichen Interventionismus keine Zugeständnisse, denn genau so *konsequent* vertritt sie die rein leistungsbezogene Einkommensverteilung, dazu gehört die Rückführung der Grundrente in den Gemeinbesitz durch die Bodenrechtsreform.

Die Verwirklichung dieser drei Ziele macht eine staatliche Umverteilung überflüssig.

Kurz: Die „zeitschrift für sozialökonomie - mtg“ legt theoretische Grundlagen für eine „Dritte Ordnung“, jenseits von Kapitalismus und (planwirtschaftlichem) Sozialismus.

Das neue *Inhaltsverzeichnis* der rund 50 Folgen macht diese Zeitschrift zu einem Nachschlagewerk, das nicht nur für Dozenten und Studenten, sondern für alle *aktiven* Marktwirtschaftler unentbehrlich ist.

Preis: DM 6,- einschl. Porto

Bestellungen richten sie bitte an den **FACHVERLAG FÜR SOZIALÖKONOMIE**
Postfach 1129 3510 Hann. Münden

Spendenauf Ruf der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Um die Herausgabe freiwirtschaftlicher Manuskripte und Schriften zu fördern beschloß der Vorstand die Gründung des

»Spendenfonds zur Förderung freiwirtschaftlichen Schrifttums«

Alle Spenden werden mit den Initialen der Spender in dieser Zeitschrift quittiert; ab DM 20,00 wird außerdem eine Spendenbescheinigung ausgestellt, da die Spenden steuerlich absetzbar sind. Die Verwaltung des Spendenfonds liegt bei der Redaktion der »zeitschrift für sozialökonomie - mtg«; damit ist eine Gewähr dafür gegeben, daß ausschließlich Manuskripte und Schriften gefördert werden, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Einzahlungen werden erbeten auf die Konten der

Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., 4650 Gelsenkirchen-Horst
Stadtsparkasse Gelsenkirchen Kto-Nr. 130 004 626 (BLZ 422 500 01) oder
Postscheckamt Hamburg Kto-Nr. 1044 00-203

mit dem Zusatz: »Spendenfonds« (bitte nicht vergessen)